

ERKENNTNIS

E-JOURNAL DER PIERRE RAMUS-GESELLSCHAFT

13. Jahrgang — Nummer 13 — Herbst 2005

Editorial & Leserbriefe

- 2 -

Gerhard Senft

IMMER IN (SOZIALER) BEWEGUNG

Dem Kunstpädagogen, Kulturwissenschaftler, Politaktivisten und
Anarchisten Dieter Schrage zum 70. Geburtstag

- 5 -

Pierre Ramus

DIE „ARBEITERBANK“

Eine anarchistische Blütenlese zur Vorläuferinstitution
der „Bank für Arbeit und Wirtschaft“ (BAWAG)

- 10 -

Renate Hutterer-Krisch

PAUL GOODMAN

Gestalttherapeut und Anarchist

- 12 -

Renate Hutterer-Krisch

GESTALT THERAPIE UND GESELLSCHAFTSKRITIK

Sozialpolitische Implikationen des gestalttherapeutischen Krankheitsbegriffs

- 19 -

Gerhard Senft

AUF SCHIENEN INS DESASTER

Zur Entwicklung des Eisenbahnsektors in Österreich

- 26 -

Paul R. Schwarz

WER IST NOAM CHOMSKY?

u. a. Buchneuerscheinungen

- 43 -

EDITORIAL

Das von den Fundamentalisten des Marktes empfohlene Konkurrenzprinzip hat inzwischen auch weit reichende Verheerungen in den Köpfen vieler Menschen angerichtet. Zunehmend verbreitet findet man die Auffassung, dass ökonomischer Erfolg oder Misserfolg „verdient“ sind – und dass sie letztlich als Sache des/der Einzelnen betrachtet werden müssen. Wir sind heute mit dem Umstand konfrontiert, dass die „Gewinner“ des Marktsystems weniger abgeben wollen, und dass den „Verlierern“ immer mehr auch noch die Schuld an ihrem „Scheitern“ zugeschrieben wird. Dass im „freien Spiel“ der ökonomischen Kräfte allerdings die Kapitalseite auf dem längeren Ast sitzt und dem „Faktor Arbeit“ die Bedingungen diktieren kann, ist im gegebenen Zusammenhang eine alte Wahrheit, die man nicht oft genug wiederholen kann. Eine kürzlich veröffentlichte Übersicht über die – gestaffelt nach dem Umsatz – 500 größten Unternehmen Europas zeigt vor allem ein hervorstechendes Ergebnis: im Jahr 2004 haben die Gewinne dieser Unternehmen um mehr als 60 Prozent auf mehr als 370 Milliarden Euro zugenommen und damit den Aufwärtstrend der vergangenen Jahre fortgesetzt. Zum Vergleich: In 30 untersuchten Ländern ist das Pro-Kopf-Einkommen seit 1990 stetig gesunken. Fast drei Milliarden Menschen leben in dieser Welt von weniger als zwei Dollar pro Tag. In Europa ist der Anteil der Löhne am Volkseinkommen seit 1980 von rund 70 auf etwa 58 Prozent abgestürzt. Laut jüngstem Sozialbericht gibt es in Österreich bereits 475.000 Menschen, die von akuter Armut betroffen sind, Andererseits zählen 66.000 Personen zum Club der „High Net Worth Individuals“. Die vor wenigen Tagen von der österreichischen Bundesregierung beschlossene minimale Anhebung der Mindestpensionen mutet im Gesamtkontext nahezu als eine Verhöhnung an.

Einer Verhöhnung gleich kommt ohne Zweifel auch die Mitte des Jahres auf dem G8-Gipfel in Gleneagles/Großbritannien in Aussicht gestellte „Entschuldungsaktion“. Von mehr als 60 überschuldeten Ländern werden nicht mehr als 18 begünstigt, und auch das nur im bescheidenen Rahmen. Das von Tony Blair verkündete Paket in der Größenordnung von 40 Milliarden US-Dollar löscht ganze 1,6 Prozent der Auslandsschulden der in Unterentwicklung gehaltenen Länder. Der Umstand, dass im Zuge von Kredittransaktionen noch immer mehr Geld von Süd nach Nord fließt als umgekehrt, bleibt natürlich aufrecht. Dabei einen ganzen Kontinent wie Afrika auf der Verliererseite schlicht alleine zu lassen, wird nicht ohne Nachwirkungen bleiben.

Der steigende Aggressionspegel in der Konkurrenz-Gesellschaft wird auch in der schönen bunten Werbewelt immer sichtbarer. Ein bekanntes Softwareunternehmen verglich sich kürzlich im Rahmen einer Werbekampagne mit einer Armee, die Flüchtlinge vor sich hertreibt. Die Herausgeber der Zeitschrift *Individual Investor* beschlossen Ende 1999, zu Reklamezwecken eine Gruppe verkleideter Personen in Kampfanzügen durch die Straßen Manhattans zu schicken, wo sie Exemplare eines *Investment Manifesto* verteilen sollten. Mittlerweile wird auf „europäischem Boden“

nicht virtuell sondern durchaus real auf Flüchtlinge geschossen: siehe die jüngsten blutigen Ereignisse im Bereich der spanischen Enklave in Nordafrika ...

In Österreich, das soeben dabei ist, ein Gedenkjahr (60 Jahre Kriegsende, 50 Jahre Staatsvertrag) hinter sich zu bringen, sind die Verhältnisse in mentaler Hinsicht nicht anders gelagert. So verkommt der „Nationalfeiertag“ am 26. Oktober bereits seit Jahren regelmäßig zur „Leistungs“-Schau einer gesellschaftlich völlig überflüssigen Heeresorganisation, aufgepeppt mit zahlreichen rot-weiss-roten Fähnchen und einer gehörigen Portion (nachholenden) Patriotismus. Der Dichter Franz Grillparzer, dessen Worte in diesem bedenklichen Jahr so häufig missbräuchlich in Umlauf gebracht wurden, hat den Patriotismus aber schon zu seiner Zeit richtig einzuschätzen gewusst. Ein kritischer Grillparzer in seinem Tagebuch: „Wer sich unter die patriotische Kleie mengt, muß sich nicht wundern, wenn er von politischen Schweinen gefressen wird.“

Die Redaktion

LESERBRIEFE

Betrifft: Gerhard Senft, Der lange Weg zur Freiheit. Portugals Nelkenrevolution 1974, Erkenntnis 12/2004

Zu Portugal: die aktuelle Krise hat meines Erachtens weniger mit falschen Rezepten zu tun, sondern mit dem Umstand, dass durch den WWU-Eintritt (*Wirtschafts- und Währungsunion, die Red.*) die realen Zinsen einige Jahre negativ lagen, was zu einer massiven Überhitzung der Wirtschaft geführt hat (Leistungsbilanzdefizit im 2-stelligen Bereich). Irgendwann ist durch die Haushalts- und Unternehmensverschuldung der Boom zusammengebrochen und jetzt dauert es lange bis die Sparsalden das wieder aufgefangen haben, da ja auch die Wettbewerbsfähigkeit in diesen Jahren enorm den Bach hinunter gegangen ist. By the way, Niederlande ist ein ähnlicher Fall und Griechenland hat die ganze Zeit mit "getürkten" Daten zu den öffentlichen Finanzen operiert, weshalb sie jetzt ein strukturelles Budgetdefizit in der Gegend von 7 Prozent haben.

Alfred K., Wien

Na fein! Die Wirtschaft war – diesmal in Portugal – wieder einmal „überhitzt“. Nur schade, dass die Menschen in den Elendsvierteln von Porto nichts davon mit bekommen haben. Die Ökonomen haben die Welt der Wirtschaft immer nur unterschiedlich interpretiert, es kömmt aber darauf an, sie zu verändern. – Und zwar so zu verändern, dass die Menschen auch etwas davon haben. Wie schlecht muss es uns denn noch gehen, bis es der "Wirtschaft" endlich wieder besser geht?

Die Redaktion

Betrifft: Gerhard Senft, Zum 65. Jahrestag der antisemitischen Ausschreitungen vom 9. November 1938, Erkenntnis 12/2004

Lieber Gerhard, zum "Professor Austriacus" – du hast von diesem Kerl gesprochen in Deiner Rede am 9. November vorigen Jahres am Platz der Opfer der Deportationen am Aspernbahnhof. Ich bin jetzt auch über so ein Buch gestolpert, das von einem "Austriacus" geschrieben wurde. Der Herr, der sich in den 1930ern bei dem Herold Verlag "Austriacus" nannte war Albert Drexel – <http://www.familie-wimmer.com/projekte/p04/k004/gl-t14.html> – auf der Nationalbibliothek (www.onb.ac.at → Kataloge 1930 bis zur Gegenwart → Suchbegriff „Austriacus“) kann man ganz gut recherchieren (im Online -Katalog mit dem Pseudonym suchen und den korrekten Namen geliefert bekommen). Albert Drexel war ein Priester, der seit den 1920er Jahren regelmäßig von Gott in Geist-Form besucht wurde und offenbar um 1938 die Ausrottung der Juden als gangbaren Weg der Lösung der "Judenfrage" sah (geht aus einer Dissertation auf der Universität Innsbruck hervor); letzteres unter Vorbehalt, da ich nicht weiß ob die beiden Albert Drexels aus Vorarlberg und Innsbruck (letzterer war Völkerkundler mit Afrika als Schwerpunktthema) identisch sind. Nahe liegend wäre es schon, aber ohne Recherche ist es schwierig.

Stephan N., Wien

Herzlichen Dank für die wertvollen und erhellenden Hinweise! Weiterforschen zahlt sich zweifellos aus.

Die Redaktion

Gerhard Senft

IMMER IN (SOZIALER) BEWEGUNG.

Dem Kunstpädagogen, Kulturwissenschaftler, Politaktivisten und Anarchisten Dieter Schrage zum 70. Geburtstag

Am 24. Juni dieses Jahres lud die Pierre Ramus-Gesellschaft zur Feier des 70. Geburtstages von Dieter Schrage in die Kleine Galerie im dritten Wiener Gemeindebezirk. Der Strom der Gratulierenden überstieg das Fassungsvermögen des Veranstaltungsortes bald beträchtlich, die Stimmung blieb aber freundlich, herzlich, fröhlich und entspannt. Das *Erste Wiener Lesetheater* und *zweite Stegreiftheater* brachte Auszüge aus dem neuen Theatertext Dieter Schrages „Die Tat des Anarchisten Lucheni“, es folgten berührende Grußworte langjähriger Weggefährten Dieters. Die im *Verlag Monte Verita* für Dieter Schrage herausgebrachte Festschrift überreichte Gerhard Senft im Anschluss an seine Laudatio, deren Wortlaut wir an dieser Stelle wiedergeben.

Lieber Dieter! Wir begegneten einander erstmals vor rund einem Viertel Jahrhundert im Havanna Club in der Seisgasse im 4. Wiener Gemeindebezirk, in den damals neu eröffneten Räumlichkeiten der Österreichisch-Kubanischen Gesellschaft. Du warst mir damals bereits u. a. als ein prominenter Aktivist und Vermittler der Arena-Bewegung bekannt. Im Sommer 1976 war der Auslandsschlachthof in St. Marx nach der alternativen Festwochenveranstaltung „Arena“ einige Monate lang besetzt gewesen. Die Gebäude auf dem mehrere Hektar großen Grundstück wurden von den BesetzerInnen adaptiert, es entstand ein bis dahin in Österreich nicht gekannter Mix von künstlerischen, politischen, sozialpädagogischen und medialen Unternehmungen. Zweifellos war es die „Arena“, die damals den Boden für die Protestbewegungen gegen Zwentendorf und Hainburg sowie verschiedene autonome Projekte wie das Amerlinghaus, das Werkstätten- und Kulturhaus WUK, die Gassergasse und das Ernst-Kirchwegger-Haus aufbereitet hat. Allerdings glaube ich mich erinnern zu können, dass unser erstes Gespräch im Havanna Club *nicht* politischen Inhalts war; wir – zu dieser Zeit beide leidenschaftliche Pfeifenraucher – unterhielten uns zu aller erst über die Qualitäten verschiedener Tabaksorten.

Die Zeitspanne, in die unsere erste Begegnung fällt, war jene Phase der österreichischen Nachkriegsgeschichte, in der es an der Universität Wien noch von verschiedenen linken Gruppen organisierte sog. „Teach-ins“ gegeben hat. Das waren jene Veranstaltungen, in die ich, das Proletarierkind aus dem Gemeindebau, mich damals nicht hineingewagt habe. Zu groß waren mein Respekt vor dem, was dort scheinbar vor sich ging, und die Befürchtung, mich auf die eine oder andere Weise blamieren zu können. Ich zog es also vor, mir mein erstes Wissen über die Theorien und Konzepte von Karl Marx oder Michail Bakunin im Bereich der Volkshochschulbildung anzueignen. Nicht zufällig landete ich so auch in der VHS

Stöbergasse, wo Dieter seit Beginn der 1980er Jahre seine wöchentlichen Abendvorträge über den Anarchismus abhielt. Dieter hat sich damals gezielt meiner Person angenommen. Und so wurde ich – zunächst nur interessierter Zuhörer – nach und nach auch als Vortragender in die Veranstaltungsreihe über den libertären Sozialismus eingebunden. Du hast mich damals ermutigt, so manchen verrückten Gedankengang weiter- bzw. zu Ende zu denken, und wenn mein „Individual-Anarchismus“ im Sinne des alten Linkshegelianers Max Stirner einmal zu sehr ausgeartet war, dann hast Du niemals ungeduldig oder gar schroff reagiert. Du hast, wenn, dann immer sanft, nahezu unmerklich korrigierend eingegriffen, und das so, dass *dein* Anliegen auch einsichtig geworden ist. Das ist ein Punkt, für den ich dir ausdrücklich danken möchte!

Es hieße Eulen nach Athen zu tragen, Dieter Schrage im gegebenen Rahmen ausführlich vorzustellen. Ich beschränke mich daher auf die wesentlichen Eckdaten. Dieter Schrage wurde am 28. Juni 1935 in Hagen, in Westfalen geboren. Er studierte Theaterwissenschaften zunächst in Köln und übersiedelte 1960 nach Wien. Dieter arbeitete zunächst künstlerisch als Keramiker, wirkte bei Theaterprojekten mit und wurde in der Folge Kunst beratend – und damit natürlich Kunst fördernd – im Bankensektor tätig. Hier begründete er auch den legendären Z-Club mit, eine der ersten Quellen alternativer und innovativer Kulturevents in Wien nach 1945. Alles in allem zweifellos ein forderndes Tätigkeitsfeld – wie Dieters damalige ArbeitskollegInnen bestätigen können: Seine Hauptmahlzeiten sollen während dieser Zeit häufig aus nur Kaffee und Schokoladeriegeln bestanden haben.

Sein Eintritt als Kurator in das Museum Moderner Kunst, für das er in der Folge auch als stellvertretender Direktor wirken sollte, und seine Lehrtätigkeiten an den Universitäten Wien und Salzburg sowie an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien müssen Dieter Schrage so manches weitere Problem mit seinem Zeitbudget beschert haben. Dennoch: bei allen Projekten konnte man ihn – wie seine MitarbeiterInnen glaubhaft versichern – engagiert, kreativ, souverän aber nie unangenehm gestresst erleben, egal wie viel Ballast er auch gerade aufgeladen hatte. Eine Trennung von Berufswelt und Freizeit war bei ihm ohnehin so gut wie nie wahrzunehmen. Kaum seinen Pensionsantritt hinter sich, ereilte ihn neuerlich der Ruf der Museumswelt, und wie in den Jahrzehnten zuvor machte er sich wieder daran, Kunstaussstellungen von internationalem Rang zu organisieren.

Nicht ausgeklammert bleiben soll die schwere Erkrankung, die Dieter Schrages Leben zwischen 1989 und 1992 veränderte, und die, wie Hubert Christian Ehalt in seiner Würdigung anmerkt, von ihm „mit Courage und Bravour in bester existentialistischer Manier gemeistert“ wurde. Dass jene Phase keine einfache für Dieter gewesen sein kann, geht auch aus seinem 1998 erschienenen Buch „Wie ich noch einmal über die Stränge schlagen wollte ...“ mehrfach hervor. So wie Dieter die ihn umgebenden Schicksale im Spitals-Betrieb beschreibt, weist ihn das Buch nicht

nur als einen begabten Schriftsteller sondern zudem als einen einfühlsamen und mitleidenden Zeitgenossen aus.

Gemeinsam mit zwei Kollegen besuchte ich Dieter nach seiner letzten großen Operation im Rehabilitationszentrum „Weißer Hof“ bei Klosterneuburg. Er begrüßte uns gut gelaunt, wie man es von ihm gewohnt war, und er sprühte bereits wieder vor neuen Ideen. Im Zuge unserer lebhaften Diskussionen an diesem Abend entging uns allen jedoch, dass sich die übrigen Heimbewohner bereits zur Nachtruhe begeben hatten. Als wir uns von Dieter in seinem Zimmer verabschiedeten und auf den dunklen Gang hinaustraten, bewegten sich die Zeiger der Uhr bereits auf Mitternacht zu. Wir hatten mit der Missachtung der vorgeschriebenen Zeitdisziplin die Ruheordnung des Hauses empfindlich gestört, und der Wachdienst des „Weißen Hof“ konnte – nachdem er unsere unerlaubte späte Anwesenheit registriert hatte – in der Folge nur mit einiger Mühe davon abgehalten werden, den Polizeinotruf zu betätigen.

Zu den wichtigen Stationen von Dieter Schrages politischem Dasein zählt seine Hinwendung zur Sozialdemokratie Anfang der 1950er Jahre, die ihm für eine lange Zeit zentraler Bezugsort bleiben sollte. Der Mai 1968 war in Österreich zwar nur als eine „heiße Viertelstunde“ (Zitat: Fritz Keller) wahrnehmbar, für Dieter war er aber dennoch ein Wendepunkt. Die in zahlreichen Ländern emporkommenden außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen betrachtete Dieter als entscheidende neue politische Impulsgeber. Deren Ideen und Konzepte ventilierte er zu Beginn der 1970er Jahre besonders innerhalb der Parteilinken der SPÖ. Als die Sozialdemokratie jedoch Ende der 1980er Jahre zusehends in ein neoliberales Fahrwasser geriet, war es für ihn an der Zeit, die SPÖ zu verlassen und bei den Grünen eine neue politische Wirkungsstätte zu suchen. Dieter Schrage beschreibt seinen Wechsel so: „Wenn ich jetzt zu den Grünen Alternativen finde – nicht zuletzt (deshalb), weil ein Anarchist bei der SPÖ peinlich, bei der KPÖ untragbar, bei der jungen bunten Grünen Alternative aber immerhin möglich ist ...“ (13) Dieter Schrage landete also bei den Grünen, als ein wesentlicher Mitgestalter – aber auch als ein unüberhörbarer Kritiker. Dass ihm seine Kritikfähigkeit nicht nur Freunde verschafft hat, ist bekannt. Lange Zeit wirkte Dieter als Vorstandsmitglied der Grünen Alternative Wien, heute ist er grüner Bezirksrat im 14. Wiener Gemeindebezirk und zugleich Sprecher der Grünen SeniorInnen.

Lieber Dieter, deinem Bekenntnis zum Anarchismus entsprechend haben wir – die Pierre Ramus-Gesellschaft Wien, die du 1992 mitbegründet hast – eine Festgabe zu deinem 70er vorbereitet, die im Kern eine Schrift beinhaltet, die unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse in Österreich unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg entstanden ist: Pierre Ramus' „Neuschöpfung der Gesellschaft“. Pierre Ramus, mit bürgerlichem Namen Rudolf Großmann, hatte als Kriegsgegner die Zeitspanne von 1914 bis 1918 hinter Gitter bzw. im Hausarrest verbracht. Während der revolutionären Umbrüche nach 1918 vertrat er das anarchistische Spektrum im

Wiener Arbeiterrat, die Zwischenkriegszeit über wirkte er im Rahmen der Friedensbewegung und bei diversen autonomen Siedlungsprojekten mit, um 1934 mit dem Machtantritt des Austrofaschismus wieder ins Gefängnis zu wandern. Im Jahr 1938 nützte Ramus die erste sich bietende Gelegenheit, Österreich zu verlassen. Seine Herkunft aus dem Wiener Judentum und seine politische Vergangenheit hätten ein längeres Verweilen unter der Nazi-Diktatur nicht zugelassen. Nach mehreren Umwegen landete er schließlich in einem Flüchtlingslager in Nordafrika. Das sichere Auslandssexil erreichte Pierre Ramus aber nicht mehr. Er starb 1942 an Bord jenes Schiffes, das ihn nach Mexiko bringen sollte.

Die Grundidee zu dem Buch war also, eine historische Schrift als Ausgangspunkt zu verwenden und begleitende Texte aus den Bereichen der akademischen Philosophie, der Psychotherapie, der Geschichtswissenschaft und der Ökonomie anzufügen, um so die Festgabe zu einer interdisziplinären Veranstaltung zu machen. Ein Problem haben wir von Beginn an gesehen: Sämtliche Freundinnen und Freunde von Dieter mit Wortmeldungen in einem Buche unterzubringen, erschien uns unmöglich. Eine solche Festgabe hätte wahrscheinlich rund ein halbes Dutzend Bände umfasst! Wir haben uns daher entschlossen, Dieter nahe stehende Personen aus den Bereichen der Politik, der Kunst und der Kulturpolitik stellvertretend mit entsprechenden Würdigungen zu Wort bzw. zur Zeichenlinie (es wurden ja auch einige Karikaturen eingebracht) kommen zu lassen. Das heißt, wir bitten an dieser Stelle um Nachsicht bei all jenen, die nicht in die Festgabe eingebunden werden konnten.

Dieter Schrage hat den Anarchismus nie als eine Modeströmung, sondern als eine traditionsreiche und umfassende Kulturbewegung gesehen. Zentral blieb für ihn bis heute der von Gustav Landauer 1910 formulierte Satz: „Wir wollen nach Möglichkeit aus dem Kapitalismus austreten.“ Das war und ist für Dieter gleichbedeutend damit, dass die Spielräume, die die Menschen für die solidarische und kreative Gestaltung der sozialen Verhältnisse haben, beständig erweitert werden sollen. Im Vordergrund blieb dabei immer, was der, im deutschen Sprachraum nun endlich auch als Vordenker des Anarchismus entdeckte Franzose Albert Camus so zusammengefasst hat: „Das gelobte Land, das wir suchen, gibt es nicht. Es ist unmöglich für das Morgen zu leben, anstatt dem Heute. Die Welt an sich hat keinen Sinn, erst der handelnde Mensch verleiht ihm ihr, indem er für die Geknechteten und Entrechteten eintritt. Kunst und Revolte sind ewig.“ (soweit Albert Camus in der „Mensch in der Revolte“) In einem anderen Werk, mit dem Titel „Der Mythos des Sisyphos“, beschreibt Camus das Bild des Kulturmenschen, der sich der Hinfälligkeit und permanenten Gefährdung der kulturellen Errungenschaften bewusst ist, und der trotzdem, und gerade wegen seiner Einsicht in die brüchige Verfasstheit der Kultur, nicht aufhört, sich als Kulturarbeiter – und damit als humanes Wesen – zu verstehen. Camus verwendet das mythologische Bild des Sisyphos als Metapher für die Kulturentwicklung, die – nicht nur im Sinne einer kollektiven Kultur, sondern auch einer persönlichen, individuellen Kulturfähigkeit einzelner – immer wieder neu begründet werden muss. Dieter Schrage hat uns beispielhaft vorgelebt und er lebt es

uns noch immer vor, dass Sisyphos ein glücklicher Mensch sein kann. Dafür wollen wir ihm danken!

Lieber Dieter!

Ad multos annos!

Hasta la victoria siempre!



Dr. Dieter Schrage bei der Überreichung der Festschrift

Photogalerie:

<http://www.seniorinnen.gruene.at/themen.php?tid=34830&kid=719&PHPSESSID=f01d32901f04f5246b0d5e1ec3622166>

Photos von Christian Eder

Festschrift für Dieter Schrage: *Pierre Ramus' "Neuschöpfung der Gesellschaft" und andere Texte zur Rekonstruktion der sozialen Balance*, hrsg. von der Pierre Ramus-Gesellschaft, Verlag Monte Verita, Wien 2005. Mit Beiträgen von Friedrich F. Brezina, George D. H. Cole, Walter Eckhart, Hubert Christian Ehalt, Renate Hutterer-Krisch, Alfred Kohlbacher, Peter Ulrich Lehner, Philipp Maurer, Pierre Ramus und Gerhard Senft. -

DIE „ARBEITERBANK“.

**Eine anarchistische Blütenlese zur Vorläuferinstitution
der „Bank für Arbeit und Wirtschaft“ (BAWAG)**

Häme, wie sie mit Blick auf den jüngsten Kreditkandal der österreichischen Gewerkschaftsbank BAWAG die rechte Reichshälfte nun offen zur Schau trägt, ist völlig unangebracht. Angemessen wäre bei diesem neuen Fall der BAWAG lediglich Trauer. Im Oktober dieses Jahres vergab der Vorstand des Geldinstituts in einer Blitzaktion einen Kredit in der Größenordnung von 425 Millionen Euro an das US-amerikanische Brokerhaus REFCO. Als wenige Stunden später die Turbulenzen um REFCO, dessen Chef Phillip Bennett mittlerweile unter Betrugsverdacht steht, bekannt wurden, versuchte die Leitung der BAWAG die Kreditvergabe rückgängig zu machen. Erfolglos! Das Geld landete in den Händen eines Bankrotteurs. Bereits in den 1990er Jahren war die Gewerkschaftsbank wegen der Milliardenengeschäfte mit dem Sohn des damaligen BAWAG-Chefs Walter Flöttl, Wolfgang Flöttl, der in der Karibik ein Firmenimperium aufgezogen hatte, in die Schlagzeilen geraten. Die Frage, inwieweit sich eine Gewerkschaftsbank mit kapitalistischen Machenschaften einlassen sollte (heute etwa auch: hochspekulative Rohstoff-Termingeschäfte), thematisierte ein Pierre Ramus bereits Mitte der 1920er Jahre. Es folgt ein publizistisches „Feuerwerk“ aus dem Archiv, erschienen 1925 in der Nummer 19 des anarchistischen Wochenblattes „Erkenntnis und Befreiung“.

Was immer die Sozialdemokratie anfasst, dient nur dazu, den Kapitalismus zu stützen. Es gibt nicht ein Gebiet, nicht eine Tat ihrerseits, wo sie ihn geschädigt hätte. [...] Wir haben nun in Wien eine sogenannte „Arbeiterbank“, gegründet (1922) als Aktiengesellschaft von der sozialdemokratischen Parteileitung, zusammen mit ihren Zentralgewerkschaften und Scheingenossenschaften. Diese „Arbeiterbank“ dient nicht dazu, um Arbeitern, Arbeitslosen und Gewerkschaften die Anschaffung von Produktionsmitteln, die Gründung von sozialistischen Gemeinschaften und Arbeiterassoziationen zu ermöglichen. Nein, sie besteht zu einem ganz anderen Zweck, wie die nun stattgefundene dritte Generalversammlung es beweist.

Diese „Arbeiterbank“ besteht vornehmlich dazu, das ihr von den Gewerkschaften geliehene Geld für rein kapitalistische Verzinsungs- und Kreditgeschäfte zu verwenden. Bietet sich auf diesem lukrativen Weg keine Anlage- und Investitionstätigkeit, so werden die Arbeitergelder als „freie Gelder ausschließlich in Depots bei völlig zweifelsfreien *Großbanken* angelegt.“ (Arbeiter-Zeitung, 25. April 1925.) Es wird also das Geld des Proletariats, dessen Spargroschen, die Gewerkschaftskassen, dem mächtigen Finanzkapital ausgeliefert, was einem Mißbrauch der ökonomischen und materiellen Mittel der Arbeiterschaft zu Gunsten des Kapitalismus gleichkommt.

Rein kapitalistische Transaktionen sind es, die diese Arbeiterbank durchführt. Sie unterscheidet sich in nichts von allen übrigen kapitalistischen Banken, nicht einmal in einer besonders niedrigen Dividendenrate, denn sie schüttet für 1924 „eine Dividende von *zwanzig* Prozent“ aus. Man sage nicht, daß diese Summe ja doch den Gewerkschaften als Aktionäre zugute komme; denn man muß doch wissen, daß diese Dividende nur ausbezahlt werden konnte, weil eine viel höhere Gewinnrate aus der Arbeitskraft des ausgebeuteten Proletariats *mittels seiner eigenen Gelder* herausgeschlagen wurde. Und schließlich, was geschieht mit der Dividende anderes, als daß sie wieder in den Zirkulationskreis des Kapitalismus zurückläuft? Wir haben es somit ausschließlich mit einer kapitalistischen Stütze für die bestehende Finanzorganisation des Monopoleigentums zu tun.

[...]

Rund 30 Prozent des Bruttoertragnisses eines Bilanzjahres werden nur für Gehälter – was unter „Spesen“ verstanden wird, wissen wir nicht – aufgezehrt, und dies erscheint als „mäßig“. Man nenne uns noch einen produktiven Geschäftsbetrieb außer einer Bank, bei dem solch ein hoher Prozentsatz an Betriebsausgaben für Gehälter eine Usanz bildet!

Und wofür werden all diese Gehälter und Spesen bezogen? Nicht, um der Arbeiterbewegung zu helfen, sie tatsächlich vom Kapitalismus zu befreien, sondern um nur einen Geschäftsbetrieb rein kapitalistischer Funktionsart mehr als Betätigungsfeld für führende Politiker zu haben. [...]

„Produktive Arbeitslosenfürsorge“ – verlangen die politischen Führer der Partei vom Staat, der, wenn er sie gibt, die Arbeiter nur noch mehr einem Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnis unterwirft. Während sie aber vom Staat produktive Arbeitslosenfürsorge verlangen, tragen dieselben Führer das Geld in die „Arbeiterbank“, durch die es den Arbeitern entzogen und den Großbanken ausgeliefert wird! Kann es einen aufgelegteren Volksbetrug geben?

Die Idee der Arbeiterbank ist etwas, das Robert Owen und Pierre-Joseph Proudhon wollten und zum Teil verwirklichten. Aber für sie beide sollte diese Institution ein Mittel sein, den Besitzlosen Produktionsmittel zu verschaffen, dem Sozialismus eine wirtschaftliche Organisation zu erringen, in der der staatslose Tausch von Leistung gegen Leistung, von Produkt gegen Produkt und ein zinsloser Kredit zur Entproletarisierung des Arbeiters vor sich gehen könnte.

Wie allem, was sie anfasst, so hat die Sozialdemokratie auch dieser Idee jeden sozialistisch-revolutionierenden Geist und Zweck geraubt. Sie kann nicht sozialistisch aufbauen, sondern nur kapitalistisch nachahmen. -

PAUL GOODMAN
Gestalttherapeut und Anarchist

*Es ist kein schändlicher Dienstbarkeit,
als wenn eyner seyn eigener knecht ist.*
Aus: *Der gepfefferte Spruchbeutel*, 1838
Sek.zit. Kathleen Stoffl-Höll 1992

Paul Goodman (1911-1972) ist als Mitbegründer der Gestalttherapie, avantgardistischer Schriftsteller und Stückeschreiber, soziologisch orientierter Psychotherapeut, Anarchist, Alternativpädagoge und engagierter Philosoph des Bürgerprotests bekannt. Für einige Zeit war er Weggefährte von Laura und Fritz Perls, und in Psychotherapeutenkreisen bekannt als Mitverfasser von „Gestalttherapie, Lebensfreude und Persönlichkeitsentfaltung“.

Goodman wurde am 9. November 1911 in Greenwich Village, New York, in eine jüdische Schaustellerfamilie hineingeboren. Im Gefolge ihrer Scheidung verarmten seine Eltern und der junge Paul wuchs vernachlässigt zum Teil auf der Straße auf. Als Kind war ihm daher jede Art von Konsum versagt, und als Erwachsener entschied er sich bewusst gegen das Konsumieren in der Gesellschaft. Sein 7 Jahre älterer Bruder Perceival ging früh nach Paris und wurde Architekt. Später schrieb er mit ihm gemeinsam ein Buch über Lebensformen menschlicher Gemeinschaften. Paul studierte ab 1931 Literatur und Philosophie in Chicago und verdiente sich sein Studium mit Jobs selbst. Zusätzlich zu Latein und Französisch eignete er sich selbst Deutsch und Griechisch an. Im Anschluss an seine Promotion trat er eine Lehrtätigkeitsstelle an der Universität von Chicago an. Er befasste sich mit Shakespeare; seine Methode der Deutung war die formale Analyse der „Chicago School of Critics“, die sich auf Aristoteles berief. In Avantgarde-Magazinen erschienen erste literarische Arbeiten.

Bereits 1940 verlor er seine Stelle, weil er ein Ausleben seiner Homosexualität offen gestaltete und als pädagogisch sinnvoll proklamierte. In zwei weiteren renommierten alternativen Einrichtungen, der Manumit School und dem Black Mountain College, sollte er aus den gleichen Gründen gehen müssen. Ebenfalls 1940 erschien die Kurzgeschichte „A Ceremonial“, die sich mit den Auswirkungen der Werbesprache befasste und von einer gegen die Werbung gerichteten direkten Aktion ausging. Mit Gelegenheitsjobs und wenig Geld musste Goodman sein Auslangen finden, eine akademische Laufbahn blieb ihm versperrt. Ohne jeden Kompromiss mit der Kulturindustrie erzielten seine Bücher nur geringe Auflagen und brachten kaum Geld.

Er strebte nach Befreiung aus rigiden gesellschaftlichen Tabus, die ihm viel zu einengend waren. Weitere Publikationen waren: 1941 „Stop Light: 5 Dance Poems, 1941 „The Grand Piano (Roman; ein Junge drückt sich in New York um die Schulpflicht herum) 1942 „Don Juan, or: The Continuum of the Libido“ (erschien vollständig erst nach seinem Tod – wegen der allzu offenen Behandlung der Sexualität wiesen es die Verläge damals zurück). Goodman setzte sich kritisch mit den „Fakten des Lebens“ (Blankertz & Doubrawa 2005) auseinander, bezog den Leser mit ein, ohne jedoch auf unterhaltsame Elemente zu achten. Das war offenbar zu früh für diese Zeit.

1944 sollte Goodman zum Kriegsdienst eingezogen werden. Als er sich weigerte, landete er beinahe im Gefängnis. Letzten Endes wurde er doch noch ausgemustert, so dass ihm die Haft erspart blieb. Den deutschen Faschismus sah Goodman bereits während des Krieges nicht als eine zusammenhanglos über die Welt gekommene „Naturkatastrophe“, sondern als ein Phänomen, dessen Emporkommen mit zeitgerecht gesetzten friedenspolitischen Maßnahmen zu verhindern gewesen wäre.

1945 erschien „May Pamphlet“ (Dt. Anarchistisches Manifest), seine erste bedeutende sozialpolitisch-kritische Schrift, das die rebellierende Jugend in den U.S.A. der 60er Jahre aufnahm. Nach dem Krieg publizierte er zu sozialen, politischen und psychologischen Themen. 1949 beginnt er, die anarchistische Zeitschrift „Complex“ mit herauszugeben. Es entstehen Theaterstücke und eine Kooperation mit dem „Living Theatre“. Es liegt daher auf der Hand, dass er sich mit „Psychotherapeuten“ der ersten Generation beschäftigte, mit dem Begründer der Psychoanalyse, Sigmund Freud und dem Begründer der „charakteranalytischen Vegetotherapie“ bzw. der Körperpsychotherapie, Wilhelm Reich.

Fritz und Laura Perls luden ihn zur Mitarbeit an dem grundlegenden Buch „Gestalttherapie“ ein, das er fast zur Gänze schrieb und 1951 erschien. Das Ehepaar Perls war 1933 vor den Nationalsozialisten von Berlin geflohen, wo – beide jüdischer Herkunft – antifaschistisch tätig waren. Sie flohen über Amsterdam nach Johannesburg, wo sie als Psychoanalytiker arbeiteten und einen neuen Ansatz entwickelten, den sie vorerst „Konzentrationstherapie“ nannten. 1947 wanderten sie nach Amerika aus und 1952 gründeten sie das erste Ausbildungsinstitut für Gestalttherapie („New York Institute for Gestalt Therapy“). Paul Goodman ging zu Laura Perls in Psychotherapie und beteiligte sich anschließend auch an der Gründung des Instituts. Von 1955-1960 ist er als Gestalttherapeut und Lehrender am Institut tätig.

In kleinen Kreisen hält er Vorträge und unterstützt damit die Vorbereitung der Bürgerproteste der 60er Jahre. 1960 erscheint „Growing up absurd: The problems of youth in the organized society“ und wird zum Bestseller. 1962 wird „The May pamphlet“ in „Drawing the line“ neu aufgelegt und zu einem Manifest der Jugendrebellion. Er forderte die Jugend dazu auf, sich der sozialen Anpassung zu

verweigern, die gesellschaftliche Repression unsichtbar macht, und eine bessere Gesellschaft im Hier und Jetzt aufzubauen.

Paul Goodman hatte von nun an zahlreiche Vorträge, einschlägige Publikationen und öffentliche Auftritte in Radio und Fernsehen und beteiligte sich an der Gründung staatsunabhängiger Alternativschulen. 1971 erscheint sein letztes Werk: *“Speaking and language: Defence of poetry”*. Paul Goodman starb am 2.8.1972 in New York.

Anarchismus und Gestalttherapie – zwei verwandte Denkansätze

Kathleen Stoffl-Höll beschäftigt sich mit dem Beitrag Paul Goodmans unter dem Titel: *„Was hat die Gestalttherapie mit dem Anarchismus zu tun?“* und charakterisiert die Industriegesellschaft der heutigen Zeit als Zwangsgesellschaft, die auf verinnerlichter Unterdrückung beruht und den Menschen zum „Verrat an der eigenen Natur“ anleitet. „Jeder kennt Augenblicke, in denen er gegen seine Natur gesellschaftskonform handelt, in denen er seine eigenen Impulse unterdrückt und sich feige von seinem Herzen distanziert. Die Schritte, die er zur Gewöhnung und Unbewusstheit macht, sind die Verbrechen, die alle Übel der Versklavung und des Massenmordes nach sich ziehen. ... Und einige von uns können sich sogar noch daran erinnern, wann es war, dass wir den Kompromiss schlossen, töricht vorsichtig waren, eine tiefere Befriedigung auf eine andere, bequemere Zeit vertagten und entgegen unseren besseren Einsichten gehorchten.“ (Goodman, zit. n. Stoffl-Höll 1992, 54f, vgl. dazu Krisch 1992, Hutterer-Krisch 1996). Die Gestalttherapie unterstützt den Menschen im Sich-Bewußtwerden seiner inneren Vorgänge und ihren Zusammenhang mit den äußeren Ereignissen und liefert damit die Grundlage für die Verantwortung des eigenen Handelns. Oder wie Stoffl-Höll es formuliert: ist eine „Schulung des Menschen zurück zu seiner Ganzheitlichkeit, zu seinen ganz individuellen Neigungen, Eigenschaften und Impulsen, zu seiner ‚Eigenart‘. Das bedeutet Nähe zu Nietzsche, Oscar Wilde, Salomo Friedländer und schließlich zum Anarchismus, von dem Alan Watts sagt, dass er als einzige politische Anschauung dem Tao gemäß sei.“ (Stoffl-Höll 1992, 57).

Goodman formulierte wesentliche Teile der Theorie der Gestalttherapie, lieferte das philosophische-literarische Denken und den Bezug zur sozial-politischen Verantwortung. Die vorgefundene Sozialstruktur darf aus seiner Sicht nicht eine alles durchdringende Totalität ergeben, so dass ihre Probleme – Entfremdung, Verdinglichung, Prytaneogenesis – unentrinnbar auf den einzelnen handelnden Menschen durchschlagen. In diesem Sinne nennt der Goodman-Kenner Stefan Blankertz seine differenzierte Sozialtheorie „Kritischer Pragmatismus“ (vgl. dazu Krisch 1992, Hutterer-Krisch 1996). „Verändert werden sollen nicht die Menschen, sondern die Bedingungen, unter denen ihre Kräfte sich entfalten. Die Oberflächen, die Bewusstsein und Ich-Verteidigungen bilden, psychotherapeutisch zu

„attackieren“, anstatt sie zu akzeptieren, ist für Goodman konterrevolutionär.“
(Blankertz 1989, In: Stoehr 298).

Bei Goodmans **Anarchismus** steht nicht die **Freiheit**, sondern der Begriff der **Autonomie** als Motiv im Mittelpunkt. Das sieht Goodman selbst als „Schwäche“; während das Streben nach Freiheit ein starkes Motiv politischen Wandels ist, sind die Mittel autonom handelnder Personen wenig durchschlagend, bestehen hauptsächlich aus passivem Widerstand und verteidigen sich mit Eigensinn selbst. Paul Goodman reflektiert seine Einstellung folgendermaßen: „meine ‚schwächere‘ Position eröffnet die Perspektive, dass autonom handelnde Menschen möglicherweise erkennen, wie die gegenwärtige Situation ihnen übel mitspielt und wie ihre Autonomie immer stärker entschwindet. ... Es gibt nicht genug nützliche Arbeit, ... es ist schwer, die Arbeit, die noch nützlich ist, aufrecht zu erledigen, ... Künste und ... Wissenschaften sind korrumpiert, ... ein bescheidenes Unternehmen muß alle Proportionen sprengen, um zu überleben. Die Jugendlichen haben keine Berufungen. Talent wird durch Zeugnisse erstickt. Steuern werden für Kriegszwecke verschleudert, für Schulen und für Verwaltung. Usw. Usw. Dem mag nur Schritt für Schritt abzuhelfen sein, ohne dass es zu dramatischen Veränderungen kommt; ... Das Ziel der Politik ist, Autonomie auszuweiten, und darum besteht sie hauptsächlich im Abschaffen. Ich mag die marxistische Wendung vom ‚Absterben des Staats‘. Damit muß jedoch die Methode, nicht das Resultat bezeichnet werden.“
(Goodman, 1972, 89ff).

Ausgewählte Zitate

Zum Anarchismus: „Historisch ist der Anarchismus die revolutionäre Politik der Handwerker und Bauern gewesen, die keinen Boss brauchen; der Arbeiter in gefährlichen Berufen wie z.B. Bergarbeiter oder Holzfäller, die lernen, sich gegenseitig zu vertrauen; und von Aristokraten, die es sich ökonomisch leisten können, idealistisch zu sein. Der Anarchismus entsteht, wenn das System der Gesellschaft nicht moralisch, frei oder genossenschaftlich genug ist. ... Allen anarchistischen Gedanken unterliegt ein Verlangen nach bäuerlicher Unabhängigkeit, nach der Selbstverwaltung der Handwerker gilden und nach der Demokratie der mittelalterlichen Freien Städte. ... Wir (könnten) viel weiter gehen, als es scheint, wenn wir unseren Blick auf Bescheidenheit und Freiheit richten anstatt auf täuschende ‚Größe‘ und suburbanen ‚Überfluß‘. ... Für mich ist das Hauptprinzip des Anarchismus nicht Freiheit, sondern Autonomie, die Fähigkeit, etwas in Gang zu setzen und es auf die eigene Weise zu vollbringen – ohne Befehle von Herrschenden, die das anstehende Problem nicht kennen und die zur Verfügung stehenden Mittel nicht einschätzen können. In besonderen Fällen mag eine äußere Leitung notwendig sein, doch geht sie auf Kosten der Vitalität. Tätigkeiten sind anmutiger, kraftvoller und umsichtiger, wenn Bürokraten, Aufsichtspersonen, leitende Angestellte, Planer und Rektoren sich nicht einmischen. Sie haben die Tendenz, chronische Notsituationen zu schaffen, mit denen sie sich selbst notwendig

machen. Im Großen und Ganzen ist, mittelfristig gesehen, der Einsatz von Herrschaft, um etwas zu bewerkstelligen, ineffizient. Äußere Herrschaft verhindert inneres Funktionieren. ‚Die Seele bewegt sich selbst‘ sagt Aristoteles.“ (Goodman, In: Blankertz & Doubrawa, 2005, 18ff).

In: Die Kinder und die Psychologie; Zu: **Erfolg ohne Leistung:** „Erzogen in einer Welt, in der sie die Beziehung zwischen Aktivität und Leistung nicht erkennen können, ... Prüfungen werden mit Hilfe von Tricks bestanden, man braucht sich nicht am Riemen reißen, Waren erkennt man an der Verpackung, und einen Menschen beurteilt man am Aussehen. ... Delinquenten ... Es ist wirklich entmutigend, mit einer Gruppe junger Typen zusammen zu sein, die in nüchternem Zustand einfach nicht wissen, was sie mit ihrem Leben anfangen sollen. ... Sie kennen einfach keinen Ehrgeiz ... Aber es stimmt nicht, dass ihnen alles egal ist; ihr „Was soll’s?“ ist verletzlich und aus ihren Augen spricht eine entsetzliche Enttäuschung und ein Suchen. (Ich sage ‚es ist entmutigend‘ und meine damit, dass mir Tränen übers Gesicht laufen; ich, der Anarchist und Pazifist, spüre, dass sie glücklicher sein werden, wenn sie alle in der Armee sind.“ Goodman, In: Hg. Stoehr 1989, 132).

Zu: **Die Psychologie des Überflusses:** „ Millionen von uns – bald die große Mehrheit – haben bei der Reinlichkeitserziehung nachgelassen, wir haben die sexuelle Befreiung vorangetrieben, wir haben ehrlichen Herzens alte Autoritätsstrukturen über Bord geworfen, weil wir keine echten Prinzipien kennen. Bei der neuen Generation herrscht bessere Gesundheit und viel Energie, aber man kann immer weniger damit anfangen. Es gibt immer mehr Kinder, die keine Vorurteile haben, nicht vom Klassendenken beherrscht sind und viel Humor haben, dabei aber immer dümmer sind. Das ist die Psychologie des Überflusses, die mit der Ökonomie des Überflusses einhergeht.“ (Aus Goodmans 1.Essay, Zeitschrift Liberation 1956, In: Hg. Stoehr 1989, 133f)

Literatur:

- Bilek, H.P.* (1992) Gestalttherapie – Ein relevantes Werkzeug in der Bewältigung der Todesangst. In: Krisch, R. & Ulbing, M. (Hg.) Zum Leben finden. Beiträge zur angewandten Gestalttherapie. Köln: Edition Humanistische Psychologie, 111-122
- Blankertz, S.* (1990) Goodmans Sozialpathologie in Therapie und Schule. Köln: Edition Humanistische Psychologie.
- Blankertz, S.* (1996, 2003) Gestalt begreifen: Ein Arbeitsbuch zur Theorie der Gestalttherapie. 3. überarb. Aufl. Wuppertal, Hammer.
- Blankertz, S. & Doubrawa, E.* (2005) Lexikon der Gestalttherapie. Köln: Peter Hammer Verlag
- Gestalttherapie (1993) Schwerpunkttheft 7 (1) gewidmet Paul Goodman.
- Goodman, P.* (1972/1992) Stoßgebete und anderes über mich. Köln: Edition Humanistische Psychologie.

- Goodman, P.* (1945) Anarchistisches Manifest (2. Aufl. 1962) In: Blankertz / Goodman: Staatlichkeitswahn, Wetzlar, 1980.
- Goodman, P.* (Hg. Stoehr, T. 1989) Natur heilt. Psychologische Essays. Köln: Edition Humanistische Psychologie
- Goodman, P. & Goodman, P.* (1947/1994) *Communitas*. Lebensformen und Lebensmöglichkeiten menschlicher Gemeinschaften. Köln: Edition Humanistische Psychologie
- Goodman, P.* (1954/55) *The Structure of Literature*. Dissertation. Chicago.
- Goodman, P.* (1960) *Growing up absurd*. New York, Random House. (dt. 1970) *Aufwachsen im Widerspruch: Über die Entfremdung der Jugend in der verwalteten Welt*. Darmstadt: Darmstädter Blätter.
- Goodman, P.* (1962) *Utopian essays and practical proposals*. New York, Random House.
- Goodman, P.* (1963) *Making do*. New York, Macmillan.
- Goodman, P.* (1965) *People or personnel*. New York: Random House.
- Goodman, P.* (1970) *New reformation: Notes of a neolithic conservative*. New York: Random House.
- Goodman, P.* (1971) *Speaking and language: Defence of poetry*. New York: Random House.
- Goodman, P.* (1980) Eine Plauderstunde mit der Rüstungsindustrie. In: Duerr, H.P. (Hg) *Unter dem Pflaster liegt der Strand*. Berlin: Karin Kramer. 117-125.
- Goodman, P.* (1994) *Crazy hope and finite experience: Final essays of Paul Goodman* (Stoehr, T. Hg.) San Francisco: Jossey-Bass.
- Höll-Stoffl, K.* (1996) Macht und Gewalt aus der Perspektive der Leiblichkeit. In: *Hutterer-Krisch, R., Pfersmann, V. & Farag, I.S.* (Hg.) *Psychotherapie, Lebensqualität und Prophylaxe. Beiträge zur Gesundheitsvorsorge in Gesellschaftspolitik, Arbeitswelt und beim Individuum*. Wien, New York: Springer. 67-78.
- Höll, K.* (1999) Bemerkungen zum demokratischen Potential der Gestalttherapie. In: *Neue Entwicklungen in der Integrativen Gestalttherapie. Wiener Beiträge zum Theorie-Praxis-Bezug*. Wien: WUV Facultas. 253-280
- Hutterer-Krisch, R.* (1996) Über Werte. Psychotherapeutische Beiträge zur Gesellschaftskritik. In: *Hutterer-Krisch, R., Pfersmann, V. & Farag, I.S.* (Hg.) *Psychotherapie, Lebensqualität und Prophylaxe. Beiträge zur Gesundheitsvorsorge in Gesellschaftspolitik, Arbeitswelt und beim Individuum*. Wien, New York: Springer. 17-48.
- Hutterer-Krisch, R., Pfersmann, V. & Farag, I.S.* (Hg. 1996) *Psychotherapie, Lebensqualität und Prophylaxe. Beiträge zur Gesundheitsvorsorge in Gesellschaftspolitik, Arbeitswelt und beim Individuum*. Wien, New York: Springer
- Krisch, R.* (1992) Der gestalttherapeutische Krankheitsbegriff. In: *Krisch, R. & Ulbing, M.* (Hg. 1992) *Zum Leben finden. Beiträge zur angewandten Gestalttherapie*. Köln: Edition Humanistische Psychologie. 63-110
- Krisch, R. & Ulbing, M.* (Hg. 1992) *Zum Leben finden. Beiträge zur angewandten Gestalttherapie*. Köln: Edition Humanistische Psychologie.

Perls, F.S., Hefferline, R., Goodman, P. (1947, 1979) Gestalttherapie: Wiederbelebung des Selbst. Stuttgart: Klett-Cotta.

Stoffl-Höll, K. (1992) Philosophische und gesellschaftspolitische Aspekte. In: Krisch, R. & Ulbing, M. (Hg.) Zum Leben finden. Beiträge zur angewandten Gestalttherapie. Köln: Edition Humanistische Psychologie, 29-62; Insbes. Kap. 5. Paul Goodmans Beitrag oder: Was hat die Gestalttherapie mit dem Anarchismus zu tun? 53-56

* Ich verwende ausschließlich aus Gründen der besseren Lesbarkeit die männliche Form.

SCHWARZWURZELN

Die Schwarzwurzeln, nach Eigendefinition „eine Gruppe von Leuten, die überzeugt ist, dass jene Gesellschaft die beste sei, in der es keine Form der Ausbeutung und der Herrschaft von Menschen über Menschen gibt“, treffen einander jeden Dienstag um 19.30 im Lolligo, 1. Bezirk, Fischerstiege 4-8 (U-Bahn Schwedenplatz, Wien). Kontakt: info@schwarzwurzeln.org

Die erste Ausgabe der von den *Schwarzwurzeln* herausgegebenen Zeitung „Anarchie“ befasst sich mit u. a. folgenden Themen:

- Frauen an die Macht – keine Macht für Niemand
- Parlamentarismus vs. Basisdemokratie
- Über Anarchie
- Aufbruch in eine andere Moderne. Die ökonomischen Grundlagen des libertären Sozialismus
- Stürzen die Anarchistinnen die Staaten ins Chaos?
- Ökonomische Voraussetzungen für eine freie Gesellschaft
- Eine anarchistische Gesellschaft

„Für eine anarchistische Gesellschaft, ...

... eine Gesellschaft freier Menschen, die ihre Angelegenheiten, ihr Leben selbst regeln – ohne Bevormundung durch Staat, KapitalbesitzerInnen, ChefInnen oder OrdnungshüterInnen. In der nicht Gewalt und Angst – Angst vor Verlust finanzieller Sicherheit, Angst vor Armut, Angst vor Diskriminierung, Angst vor Isolation, Angst nicht irgendwelchen Idealen zu entsprechen, Angst ein/e VerliererIn zu sein – die Menschen gefügig, leblos und krank machen.“

Renate Hutterer-Krisch

GESTALT THERAPIE UND GESELLSCHAFTSKRITIK

Gesellschaftspolitische Implikationen des gestalttherapeutischen Krankheitsbegriffs

*Die Gestalttherapie hat eine
"politisch relevante, nichtresignative
Aggressionstheorie".
(DREITZEL, 1985, S. 64 ff).*

*"Ich und Du, das sind die Grundlagen zum Wir,
und nur gemeinsam können wir das Leben
in dieser Welt menschlicher machen."
(PERLS, 1980, S.11).*

Der Krankheitsbegriff der Gestalttherapie ist eng mit dem Festhalten am Status Quo aus Sicherheitsbedürfnissen heraus verknüpft, Gesundheit hingegen geht über das Bestehende hinaus und schafft Neues. Während sich jede Art von Herrschaft ihren Bestand durch unassimilierbare Normen (Introjekte) sichert, die Lebendigkeit und Kreativität (und damit Gesundheit) schwächen, vertraut Gestalttherapie darauf, dass sich aus den wechselseitigen Kontaktprozessen Normen ergeben, die ausreichend zur Regulierung des menschlichen Zusammenlebens sind.

Wir müssen davon ausgehen, dass jede Vorstellung von gesunden und pathologischen Erscheinungsformen und Verhaltensweisen Ausdruck von gesellschaftspolitischen Entwicklungsprozessen ist, auf die sie reagiert und korrigierend mit einwirkt. Jede Psychotherapie trägt daher bereits von diesem Anspruch her den Keim in sich, einen verantwortlichen Beitrag zur Lösung der dringlichen Probleme unserer Gesellschaft zu leisten.

Laura PERLS zielt in ihrem eigenen politischen Engagement auf Klärung und Abgrenzung des Vorhandenen und des Erreichbaren ab, nicht auf Revolution. "Therapie ist per se eine politische Aktivität. Das ist Arbeit am Menschen, die Autonomie wiederherstellt oder zum ersten Mal entstehen lässt." (Laura PERLS, zit. n. SCHNEIDER, K., 1980, S 259). Gestalttherapie trägt klare, eindeutige und radikale gesellschaftspolitische Implikationen in sich.

Der Zivilisationsprozess unserer Gesellschaft ist durch eine zunehmende Reglementierung der Kontaktprozesse zwischen Organismus und Umwelt, der Entwicklung einer "Selbstzwangsapparatur" (ELIAS, 1978) gekennzeichnet; demzufolge sprechen PERLS und GOODMAN von "self-conquest" als dem

wichtigsten neurotischen Syndrom der modernen Gesellschaft. Normen und Beziehungen sind Inhalt einer Zivilisationsgeschichte, die zu immer stärkerer Selbstvergewaltigung führt. Die Tendenz zur Zivilisation steht der neurotischen, sich in Kontaktunterbrechungen manifestierenden Seite des Menschen näher, während die kreative, auf Veränderung und Neuheit drängende Seite dem Gesunden näher steht. Die neurotische, rigide, auf Sicherheit und Stabilität bedachte Seite und die kreative, spontan, natürlich-soziale Seite des Menschen liegen in fortwährendem Widerstreit miteinander. (GOODMAN, 1985). PERLS sieht diesen gesellschaftsimmanenten Konflikt als grundlegend für den Krankheitsbegriff an: "Der wichtigste Konflikt, der entweder zu einer integrierten oder zu einer neurotischen Persönlichkeit führen kann, ist der Konflikt zwischen den sozialen und den biologischen Bedürfnissen der Menschen. Was unter sozialem Blickwinkel gut oder schlecht ist (und meist als richtig oder falsch bezeichnet wird), kann für den Organismus keineswegs gut oder schlecht (gesund oder ungesund) sein. ...Oft genug läßt sich jedoch die gesellschaftlich notwendige Selbstbeherrschung nur auf Kosten einer Entkräftigung und Schädigung der Funktionen großer Teile der menschlichen Persönlichkeit erreichen - um den Preis der Schaffung "kollektiver und individueller Neurosen." (PERLS, 1985, S.73 ff).

Gesellschaftspolitisch zeigt sich die gesunde Seite immer in kreativen Veränderungsprozessen, die neurotische dagegen in institutionellen Verfestigungen. GOODMANs Sicht dieser Dinge deckt sich mit Zivilisations- und Geschichtstheorien des 20. Jahrhunderts: sie ist nicht mehr fortschrittsgläubig, sondern pessimistisch gegenüber dem Zivilisationsprozess, allerdings optimistisch gegenüber den Kräften des Organismus als eine leib-seelisch-geistige Einheit mit ihrem Selbstregulierungspotential (vgl. DREITZEL, 1985). Das Vertrauen GOODMANs auf die Selbstregulierung stützt sich dabei auf den Organismus und die Interaktion von Organismus und Umwelt. Als Gegenbewegungen der Rationalisierung der Welt während des Zivilisationsprozesses entstanden körper- und gefühlsbetonte Therapien, die sich gegen die Unterdrückung der emotionalen Seite des Menschen engagieren. Die Gestalttherapie ist dadurch Teil einer Bewegung, die sich gegen die Verdrängung der Emotionalität und gegen die Instrumentalisierung des Körpers wendet. DREITZEL (1985) betont, dass das nur für ihre Praxis gilt, denn ihre Theorie ist dagegen Teil eines langsamen Paradigmenwechsels in den Wissenschaften, in welchem allmählich das kartesianische Weltbild abgelöst wird" (DREITZEL, 1985, vgl. dazu auch KRISCH 1992 Kap.3.1). DREITZEL (1985, S.64 ff) stellt in diesem Zusammenhang Thesen zur gesellschaftspolitischen Radikalität der Gestalttherapie auf, wovon einige im folgenden kurz skizziert werden:

Krankheit ist eng mit Affektverdrängung, Ghettoisierung der Emotionen und einer Überbewertung des rationalen Geistes verknüpft. In der ganzheitlichen Sicht der Gestalttherapie haben die Emotionen ihre klare Funktion in jedem Kontaktprozess und für die Gesundheit (vgl. dazu KRISCH 1992 Kap. 3). Die Gefühle haben eine kognitive Funktion bei der Orientierung des Organismus in der Umwelt; sie sind

zwar weniger präzise als gedankliche Lagebeurteilungen, kognitives Bewerten oder Kalkulieren von Strategien im Kontaktprozeß, vermögen aber die sensomotorischen Energien des Organismus schneller und vollständiger zu mobilisieren.

Gestalttherapie mit ihrer ganzheitlichen Sichtweise ist daher gegen die derzeit kulturell herrschende Trennung von rationalem Geist und irrationalen Gefühlen, da beides, Fühlen von Involviertsein und Denken als Distanziertsein (HELLER, 1980) für einen gelungenen Kontaktprozeß notwendig ist.

Der Krankheitsbegriff der Gestalttherapie ist eng mit dem Festhalten am Status Quo aus Sicherheitsbedürfnissen heraus verknüpft, Gesundheit hingegen geht über das Bestehende hinaus und schafft Neues. Während sich jede Art von Herrschaft ihren Bestand durch unassimilierbare Normen (Introjekte) sichert, die Lebendigkeit und Kreativität (und damit Gesundheit) schwächen, vertraut Gestalttherapie darauf, daß sich aus den wechselseitigen Kontaktprozessen Normen ergeben, die ausreichend zur Regulierung des menschlichen Zusammenlebens sind. Der Kontaktprozess wird als nomischer Prozess gesehen, bei dem aus der wechselseitigen Bedürfnisbefriedigung Loyalität und Moral entsteht (DREITZEL, 1985). Die Gestalttherapie hat eine "politisch relevante, nichtresignative Aggressionstheorie". (DREITZEL, 1985, S. 64 ff).

Aggression ist zunächst einmal das unumgängliche Aus-Sich-Herausgehen des Organismus in die Umwelt, die er dabei mit dem Ziel der Befriedigung seiner Bedürfnisse berührt, verändert oder teilweise sich einverleibt. PERLS und GOODMAN arbeiteten die Initiative, die Zerstörung und die Vernichtung als Bestandteile der Aggression heraus. Sensomotorische Ich- Funktionen aggressiver Verhaltensweisen sind dabei durch das motiviert, was der Organismus tatsächlich braucht, und nicht Folge von Anordnungen oder Leistungsintrojekten. Aggressionshemmung als Zivilisationsphänomen und wesentlicher pathologischer Faktor der Krankheitslehre (vgl. dazu KRISCH 1992 Kap. 4, HUTTERER-KRISCH 1996) hat eine wesentliche Bedeutung für die Therapie des Einzelnen und die Gesellschaft. "Kaum ein Patient, der nicht aggressionsgehemmt wäre, und je mehr, desto größer seine Phantasien über das, was an Selbstzerstörung oder Umweltzerstörung, je nachdem, was passieren würde, wenn man der großen Wut einmal freien Lauf ließe. Was fehlt, ist die Fähigkeit, angemessene Mittel zu verwenden: Erst einmal die Stimme zu erheben, bevor schon der Arm erhoben wird, erst einmal schimpfen lernen, bevor man gleich zuhaut. *Die Arbeit an den Aggressionshemmungen ist Arbeit für den Frieden.* Denn: die gehemmte Aggression staut sich, wendet sich retroflektierend gegen den eigenen Organismus und ergeht sich zugleich projizierend in Größenphantasien und kollektiven politischen Selbstmordphantasien (GOODMAN). *So entsteht eine Haltung, die bereit ist, atomar zu rüsten, sich aber über den in ohnmächtiger Wut darüber geschleuderten Stein entrüstet.* Gestalttherapie lehrt als Einsicht aus praktischer Erfahrung: *je mehr auch bei der Aggression wirkliche Berührung stattfindet, desto geringer der Schaden - und nicht jede Berührung des Organismus ist taktiler Natur.*" (DREITZEL, 1985, S.66).

Gestalttherapie hat eine ökologische Sicht der Neurose; Krankheit als Störung der Selbstregulierung bezieht sich nicht allein auf den Organismus, sondern auf das Organismus-Umwelt - Feld als Ganzes. Die Theorie des Kontaktprozesses zwischen Organismus und Umwelt sieht von vornherein die immer prekäre Balance zwischen den Bedürfnissen des Organismus und der Erhaltung der inneren und äußeren Umwelt als der Quelle aller Nahrung und dem Reservoir von allem Neuen. Daher arbeitet Gestalttherapie auch am Gewährsein der Bedürfnisse und Quellen der Umwelt. Hier sieht DREITZEL auch den Grund, warum die Gestalttherapie auch psychopathische Störungen bearbeiten kann: Grundproblem ist, daß der Kontaktprozess nicht zur Ausbildung von Loyalität und moralischen Vorstellungen führt. Die psychopathische Störung beginnt mit einem Mangel an Wahrnehmung der Umgebung. DREITZEL betont in diesem Zusammenhang, dass wir in unserer Gesellschaft "eine besonders gefährliche Verbindung aus *psychopathischen Einstellungen mit Leistungsintrojekten und auf das Nationale projizierten Sicherheitsängsten* finden – eine an Erfahrungen mit dem Faschismus gemahnende Charakterstruktur. Da der Kontaktprozeß aber als nomischer Prozeß gesehen wird, entsteht gerade, wenn *keine Introjekte ihn stören, eine Sorge und Liebe zu der uns tragenden und nährenden Umwelt.*" (DREITZEL, 1985).

Der Kontaktprozess ist nicht nur die Basis für die Beziehungen, sondern auch für die Institutionen - und nicht umgekehrt. Eine Beziehung ist die Erwartung, auch zukünftig mit jemandem wechselseitige befriedigende Kontaktprozesse zu haben. Wird diese Erwartung enttäuscht, dann bleibt zunächst Loyalität, eine Persönlichkeitsfunktion, die das Ergebnis früherer befriedigender Kontaktprozesse ist. *Loyale Verhaltensweisen stehen beim Gesunden im Dienste der Bedürfnisse des Menschen. Wenn sie sich ihnen gegenüber verselbständigen, gerinnen sie zu Charakterstrukturen und machen krank.* "The healthy personality has little character!" (PERLS und GOODMAN, zit. n. DREITZEL, 1985, S.68, vgl. HUTTERER-KRISCH 1996). Gute Beziehungen resultieren aus befriedigenden Kontaktprozessen und bauen sich aus ihnen immer wieder neu auf. Dies hat seine Bedeutung für Institutionen überhaupt, die ja von den realen Kontaktprozessen ihrer Mitglieder leben. Darauf zu insistieren, betont DREITZEL, ist implizit eine permanente Kritik an herrschenden, aber toten Institutionen." (DEITZEL, 1985).

Der Krankheitsbegriff der Gestalttherapie ist eng mit einer schlechten Assimilation verknüpft. Das Modell des Kontaktprozesses macht auf die Empfindungen der Sättigung in der Phase nach dem Kontakt aufmerksam und schafft damit die Vorbedingungen für eine gute Assimilation. *Gewährsein* im und nach dem Kontakt meint auch, dafür zu sorgen, daß der Organismus *nicht weniger (Mangel) und vor allem nicht mehr (Übersättigung)* aufnimmt, als er braucht und gut assimilieren kann. Das ist grundlegend für die Unterscheidung zwischen Wachstum als Regeneration und Bereicherung der Lebenskräfte und pathologischem, das Organismus-Umwelt-Feld zerstörendem Wachstum. Damit stellt sich die Gestalttherapie implizit *gegen die*

Einstellung der Konsumorientierung, der Profitgier und der Wachstumsideologie unserer Gesellschaft.

Wenn die übergreifenden gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse unserer Zivilisation in ihrer Zusammensetzung krankmachend sind, so hieße das, in Hinkunft - auf sozialpolitischer Ebene - mit neuen gesellschaftlichen Strukturen zu experimentieren: z.B. statt Zentralisierung Dezentralisierung, statt Bürokratisierung flexiblere, der Sache oder den Personen angemessenen Handlungsvollzügen, statt Konsum- und Profitorientierung die Einführung neuer Werte oder Gewichtungen (z.B. psychohygienische, arbeitsmedizinische, umweltschützende und psychologische Maßnahmen), statt zunehmende Entregionalisierung durch verkehrstechnische und kommunikationstechnische Vernetzung Regionalisierung, statt Verwissenschaftlichung der Deutungsmuster Prüfung auf ihre reale Relevanz, statt isolationistisches Wunschdenken Akzeptieren der Realität, statt Ausgrenzen Integration. PERLS betrachtet die Ideale des isolationistischen Wunschdenkens unserer Gesellschaft als eine "schöne Luftspiegelung, die dem wirklichen Kamel bei seinem wirklichen Marsch durch die wirkliche Wüste kein wirkliches Wasser liefern kann." (PERLS, 1985). In diesem Zusammenhang übernimmt PERLS 1947 den Abwehrmechanismus der Verdrängung (FREUD) und die Bedeutung der Minderwertigkeitsgefühle (ADLER) und formuliert dieses gesellschaftsimmanente Problem prägnant: *"Eltern machen dadurch, daß sie unmögliche Verhaltensmaßstäbe vertreten, ihren Kindern das Leben zur Hölle. Sie machen den grundlegenden Fehler, nach Perfektion zu streben, anstatt nach Entwicklung. Mit ihrer idealistischen, ehrgeizigen Haltung erreichen sie das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigen; sie bringen die Entwicklung zum Stillstand, verbreiten Verwirrung und fördern Minderwertigkeitsgefühle".*

Es gibt ein berühmtes Buch, das die katastrophalen Folgen des Idealismus deutlich genug zeigt, wenn man es richtig versteht: die Geschichte von Dr. Jekyll und Mr. Hyde. Dr. Jekyll stellt ein Ideal dar, keinen Menschen. Er ist ein selbstloser Wohltäter der Menschheit, loyal trotz vieler Frustrationen, und keusch angesichts starker Triebe. Um sein Ideal zu verwirklichen, benützt er das Mittel der Verdrängung; er verdrängt sein animalisches Dasein; er verbirgt den "Schakal" (engl. "jackal" = Jekyll) in Mr. Hyde (engl. "to hide" = verstecken). Der Mensch hat sich in die Gegensätze "Engel" und "Teufel" differenziert; der eine wird begrüßt und gelobt, der andere wird verabscheut und zurückgestoßen, aber der eine kann ebenso wenig ohne den anderen existieren wie das Licht ohne den Schatten. *Isolationistisches Wunschdenken liebt solche Wahrheiten nicht.* Aber Idealismus und Religion schaffen - indem sie versuchen, das Unmögliche zu erreichen und aus menschlichen Organismen Dr. Jekylls zu machen- zugleich ihr Gegenteil: Millionen von Mr. Hydes. Ohne ihre biologische "Realität" zu akzeptieren, werden der "idealistische" Dr. Jekyll und der "materialistische" Mr. Hyde weiterhin existieren, bis die Menschheit sich schließlich selber zerstört." (PERLS, 1985, S.328,329). Doch es ist auch PERLS, der schreibt: *"Ich und Du, das sind die Grundlagen zum Wir, und nur gemeinsam können wir das Leben in dieser Welt menschlicher machen."* (PERLS, 1980, S.11).

Literatur

- Dreitzel, H.P.* (1985) Sozialpolitische Aspekte der Gestalttherapie. In: Integrative Therapie. Beiheft 10. Petzold, H., Schmidt, C.J. Gestalttherapie. Wege und Horizonte. Paderborn.
- Elias, N.* (1978) Über den Prozeß der Zivilisation. 2 Bde. Frankfurt am Main.
- Gestalttherapie (1993) Schwerpunkttheft 7 (1) gewidmet Paul Goodman.
- Goodman, P.* (1972/1992) Stoßgebete und anderes über mich. Köln: Edition Humanistische Psychologie.
- Goodman, P.* (1945) Anarchistisches Manifest (2. Aufl. 1962) In: Blankertz / Goodman: Staatlichkeitswahn, Wetzlar, 1980.
- Goodman, P.* (Hg. Stoehr, T. 1989) Natur heilt. Psychologische Essays. Köln: Edition Humanistische Psychologie
- Goodman, P. & Goodman, P.* (1947/1994) Communitas. Lebensformen und Lebensmöglichkeiten menschlicher Gemeinschaften. Köln: Edition Humanistische Psychologie
- Höll-Stoffl, K.* (1996) Macht und Gewalt aus der Perspektive der Leiblichkeit. In: *Hutterer-Krisch, R., Pfersmann, V. & Farag, I.S.* (Hg.) Psychotherapie, Lebensqualität und Prophylaxe. Beiträge zur Gesundheitsvorsorge in Gesellschaftspolitik, Arbeitswelt und beim Individuum. Wien, New York: Springer. 67-78.
- Höll, K.* (1999) Bemerkungen zum demokratischen Potential der Gestalttherapie. In: Neue Entwicklungen in der Integrativen Gestalttherapie. Wiener Beiträge zum Theorie-Praxis-Bezug. Wien: WUV Facultas. 253-280
- Hutterer-Krisch, R.* (1996) Über Werte. Psychotherapeutische Beiträge zur Gesellschaftskritik. In: *Hutterer-Krisch, R., Pfersmann, V. & Farag, I.S.* (Hg.) Psychotherapie, Lebensqualität und Prophylaxe. Beiträge zur Gesundheitsvorsorge in Gesellschaftspolitik, Arbeitswelt und beim Individuum. Wien, New York: Springer. 17-48.
- Hutterer-Krisch, R., Pfersmann, V. & Farag, I.S.* (Hg. 1996) Psychotherapie, Lebensqualität und Prophylaxe. Beiträge zur Gesundheitsvorsorge in Gesellschaftspolitik, Arbeitswelt und beim Individuum. Wien, New York: Springer
- Krisch, R.* (1992) Der gestalttherapeutische Krankheitsbegriff. In: *Krisch, R. & Ulbing, M.* (Hg. 1992) Zum Leben finden. Beiträge zur angewandten Gestalttherapie. Köln: Edition Humanistische Psychologie. 63-110
- Krisch, R. & Ulbing, M.* (Hg. 1992) Zum Leben finden. Beiträge zur angewandten Gestalttherapie. Köln: Edition Humanistische Psychologie.
- Perls, F.S.* (1947) Ego, Hunger and Aggression. London.
- Perls, F. S.* (1976) Grundlagen der Gestalttherapie. München.
- Perls, F.S.* (1977, 1980) Gestalt, Wachstum, Integration. Aufsätze, Vorträge, Therapiesitzungen. Petzold, H. (Hg.) Paderborn: Junfermann.
- Perls, F.S., Hefferline, R., Goodman, P.* (1947, 1979) Gestalttherapie: Wiederbelebung des Selbst. Stuttgart: Klett-Cotta.

Perls, L. (1980) Begriffe und Fehlbegriffe der Gestalttherapie. In: Perls, F. Gestalt, Wachstum, Integration. Aufsätze, Vorträge, Therapiesitzungen. Petzold, H. (Hg.) Paderborn: Junfermann.

Schneider, K. (1980) Meine Wildnis ist die Seele des anderen. Zum 75. Geburtstag von Laura Perls. In: Integrative Therapie. 4. Paderborn: Junfermann.

Stoffl-Höll, K. (1992) Philosophische und gesellschaftspolitische Aspekte. In: Krisch, R. & Ulbing, M. (Hg.) Zum Leben finden. Beiträge zur angewandten Gestalttherapie. Köln: Edition Humanistische Psychologie, 29-62; Insbes. Kap. 5. Paul Goodmans Beitrag oder: Was hat die Gestalttherapie mit dem Anarchismus zu tun? 53-56

die soziale hängematte

syndikalistische zeitung für eine welt ohne herrschaft, ausbeutung und obrigkeit

Im September 2005 ist bereits die No. 3 der neuen anarcho-syndikalistischen Zeitung erschienen. Ihr Inhalt u. a :

- Streik bei österreichischer Konzerntochter
- Tesco in Dublin
- Apple steigt auf Intel um
- Sabotage
- ArbeiterInnen immer gesünder
- Kombilohn
- 4 Monate Streiks
- Libertärer Selbstbildungsverein
- Arbeitslosensyndikat
- Kost-nix-Laden
- Wenn Politiker über den Kapitalismus reden ...
- Brauner Mist am Ulrichsberg

„Der Anarcho-Syndikalismus will die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse dahingehend verändern, dass an die Stelle von Staat und kapitalistischer Ökonomie ein hochgradig vernetztes Gemeinwesen von freien Gruppen und Individuen tritt.“

Wöchentliches Treffen des Allgemeinen Syndikats Wien: jeden Samstag um 18.00 im Lolligo, 1. Bezirk, Fischerstiege 4-8 (U-Bahn Schwedenplatz). Kontakt: haengematte@linuxmail.org oder „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Gerhard Senft

AUF SCHIENEN INS DESASTER. Zur Entwicklung des Eisenbahnsektors in Österreich

In memoriam Erwin Weissel (1930–2005)

„Mehr privat, weniger Staat“ predigen uns die Marktfundamentalisten seit geraumer Zeit. In Österreich ist mittlerweile auch der Eisenbahnsektor von einer Privatisierungswelle erfasst worden. Doch gibt es kaum einen Bereich der Infrastruktur, bei dem das öffentliche Interesse derart hoch und alle Privatisierungsneigungen derart unangebracht erscheinen wie im Eisenbahnwesen. Ein historischer Längsschnitt zur Bahnentwicklung in Österreich.

Das erste öffentlich genutzte reguläre Bahnnetz wurde in Österreich Ende September 1828 dem Betrieb übergeben. Kräftige Rosse zogen die kutschenähnlichen Gefährte, der Schienenstrang führte vom böhmischen Budweis bis nach Kerschbaum im Mühlviertel. Zuvor war der Schienenweg lediglich im steirischen Bergwerksgebiet zum Transport des Eisenerzes gewählt worden. Auf die kurze Zeit favorisierten englischen Dampflokomotiven wurde aus Ersparnisgründen vorerst verzichtet – für die geplanten Anschlussstrecken waren Kurvenradien gewählt worden, die von den damaligen Loks nicht zu bewältigen waren. Bis 1832 konnte der Schienenverkehr bis Urfahr bei Linz durchgehend gestaltet werden. Eine Fahrt von dem an der Donau gelegenen Ort bis Budweis dauerte rund 14 Stunden, was auf der 129 km langen Strecke eine Durchschnittsgeschwindigkeit von etwas mehr als 9 km/h bedeutete. Der weitere Ausbau des Schienennetzes brachte 1835 die Fertigstellung der Teilstrecke Linz-Wels, 1836 folgte die Verlängerung nach Gmunden.

Im Jahr 1837 brach mit dem Einsatz der ersten Dampflokomotive auch in Österreich das moderne Eisenbahn-Zeitalter an. Nachdem am 13. und 14. November 1837 die ersten Versuchsfahrten auf der Strecke Floridsdorf – Deutsch-Wagram stattgefunden hatten, wurden am 17. November 1837 Probefahrten mit einem von einer Lokomotive gezogenen Zug durchgeführt. Die feierliche Eröffnung der k.k.a.p. (kaiserlich königlich ausschließlich privilegierten) Kaiser Ferdinand-Nordbahn erfolgte am 23. November 1837. Um 10.00 Uhr vormittags setzte sich in Floridsdorf ein Eisenbahnzug, bestehend aus der Lokomotive "Austria", fünf Wagen 1. Klasse zu je 18 Personen und drei Wagen 2. Klasse zu je 24 Personen, in Richtung Deutsch-Wagram in Bewegung. Die Fahrt von Floridsdorf nach Wagram dauerte etwa 40 Minuten, der spätere Ausbau der Strecke verband den Wiener Prater mit Brünn. An Wochentagen verkehrten täglich zwei Züge, an Sonntagen vier. Beim Bau der ersten Teilstrecke waren an die 10.000 Eisenbahnarbeiter beteiligt gewesen.

Die nicht unwesentliche wirtschaftspolitische Frage, ob der Eisenbahnsektor

privatwirtschaftlich zu organisieren sei oder ob er eher zu einer staatlichen Angelegenheit gemacht werden soll, stand sehr bald auf der Tagesordnung. Während das Vorreiterland Großbritannien beim Eisenbahnbau (ab 1825) in erster Linie auf private Impulse setzte, zeichnete sich in Kontinentaleuropa eine Tendenz in Richtung eines *mixed system* (mit privaten und öffentlichen Anteilen) ab. In den Vereinigten Staaten, in denen sich der Eisenbahnbau besonders dynamisch entwickeln sollte, wurde auf die massive Unterstützung durch den öffentlichen Sektor gesetzt. Das englische Vorbild vor Augen, begann die moderne Eisenbahnära in Österreich zunächst unter privatwirtschaftlicher Ägide. Der Errichtung der Nordbahn folgte zunächst ein Aufstieg des Eisenbahnsektors. Dass die Gewinnerwartungen der privaten Anleger aber zu hoch gewesen waren, sollte sich nur zu bald herausstellen. Die Monarchie hatte als einzige große Metropole lediglich Wien aufzuweisen, es fehlten die zahlreichen Mittelstädte, wie sie etwa in England bestanden, und die dort eine rasche Verdichtung des Eisenbahnnetzes begünstigt hatten. Dazu kam, dass die österreichischen Aktiengesellschaften beim Materialsparten, bei der anschließenden Kostenexplosion fuhren die meisten Bahngesellschaften bald Verluste ein. Zahlreiche Spekulanten verloren ihr Geld, etliche Bahnlinien standen vor dem Ruin. Die abhanden gekommenen Gewinnaussichten im österreichischen Eisenbahnwesen bewirkten ein spürbar vermindertes Interesse und den Rückzug des Privatkapitals.

Wirtschaftspolitische und militärische Erwägungen führten unter dem Metternich-Regime 1841 dazu, dass die öffentliche Hand den weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes in ihre Obhut übernahm. Jene Bahnlinien, die defizitär bilanzierten, wurden verstaatlicht (1. Staatsbahnperiode). Die budgetpolitischen Engpässe im Gefolge des Krimkrieges verstärkten jedoch die Neigung der Staatsführung, sich wieder nach privaten Anlegern umzusehen. – Ein in der Wirtschaftsgeschichte häufig anzutreffendes Phänomen: anstatt die finanzielle Ebbe im Staatshaushalt mit geeigneten Mitteln zu beseitigen, wird „ausgliedert“ und zugleich dem Privatkapital ein „Schlagsahne-Angebot“ offeriert. So auch in Österreich. 1854 trat ein *Eisenbahn-Konzessionsgesetz* in Kraft, das für Privatanleger entsprechende Anreize vorsah. Die Eisenbahn-Anteile wurden zu besonders günstigen Konditionen abgegeben, zudem übernahm der Staat die Verpflichtung, die Aktionäre bei finanziellen Verlusten großzügig zu entschädigen. Mundgerechter konnte man das Projekt Eisenbahnbau an das Privatkapital nicht mehr herantragen. Etwa zeitgleich mit dem Wirtschaftsaufschwung der Gründerjahre setzte ein wahrer Eisenbahnboom ein, wobei neben der Errichtung der Franz Josephs-Bahn die Weststrecke ausgebaut und eine Verbindung in den Süden geschaffen wurde. Der Wiener Bösenkrach von 1871 setzte der Aufwärtsentwicklung ein jähes Ende. In der Phase der Wirtschaftskrise verlief sich das Privatkapital neuerlich und der Staat war gezwungen, die anstehenden Verluste zu übernehmen. Das verabschiedete *Eisenbahn-Sequestrationsgesetz* enthielt die Bestimmung, dass jene Bahnlinien, deren Verlustperiode den Zeitraum eines Jahres übersteigt, zu verstaatlichen sind. Damit begann in Österreich die 2. Staatsbahnperiode, die bis in die Zweite Republik

hinüber reichte.

Ein echte Leitsektorfunktion mit Ausstrahlung auf andere Wirtschaftszweige vermochte der österreichische Eisenbahnsektor im 19. Jahrhundert nicht zu entwickeln. Zwar konnten die Transportkosten vor allem im Güterverkehr merklich gesenkt werden, Reisen wurde in einem bis dahin noch nie gekannten Ausmaß „demokratisiert“, doch die vom Eisenbahnbau in anderen Ländern ausgehenden Sekundäreffekte (etwa auf die Bereiche des Bergbaus und der Maschinenindustrie) blieben in Österreich aus, da wesentliche Elemente wie Waggons oder Schienen nicht im Inland produziert wurden. Aber auch mit Vorbehalten der noch sehr stark ländlich-bäuerlich geprägten Bevölkerung gegenüber dem Eisenbahnwesen war zu rechnen. Peter Rosegger schildert in seiner Erzählung „Als ich das erste Mal auf dem Dampfwagen saß“ (1877) sehr anschaulich die antimodernistisch (zugleich antisemitisch) bestimmte Grundhaltung seines Onkels gegenüber dem „Teufelszeug“ und dem „Blendwerk“ der Eisenbahn.

Im Gefolge des Ersten Weltkrieges

Bis Anfang des 20. Jahrhunderts war ein dichtes Netz der k.k. Staatsbahnen geknüpft worden, das Triest mit Lemberg und Pula mit Pilsen verband. Nach dem Ende der Monarchie, im Gefolge der kriegsbedingten wirtschaftlichen Ungleichgewichte und der Inflationskatastrophe wurde die Bahn mittels Reform als ein "selbständiger Wirtschaftskörper" neu positioniert, d. h. dass die Bundesbahn mit Jahresende 1923 rechtlich und in wesentlichen auch in wirtschaftlicher Hinsicht eigenständig wurde. Budgetwirksam blieb der Bahnbetrieb dennoch, da der Bund die Investitionen finanzierte und den Gebarungsabgang abzudecken hatte. Die Mittel für die Bundesbahn wurden durch direkte Zuschüsse (Investitionen, Beiträge zu Pensionserfordernissen u. a.) und durch die Überlassung der Eisenbahnverkehrssteuern aufgebracht. Der Bahnbetrieb sollte unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg ein Vorzeigeobjekt der Modernisierung werden. Durch die Elektrifizierung erhoffte man eine größere Unabhängigkeit von den oft teuren, unzuverlässigen Kohlelieferungen aus Polen oder aus der Tschechoslowakei und damit die Einsparung von Devisen. Als problembehaftet wurde die Defizitentwicklung bei der Bundesbahn angesehen, die 1930 ihren Höhepunkt erreichte. In der Folge wurde der Völkerbundexperte für Bahnwesen, der Schweizer Robert Herold, beauftragt, ein Gutachten über die wirtschaftliche Situation der Bundesbahnen anzufertigen und Vorschläge zur Kostenreduktion einzubringen. Das Herold-Gutachten 1932 beinhaltete Einsparungsideen im Hinblick auf den Personalanteil und den Vorschlag einer umfassenden Verwaltungsreform, der auf ein Abspecken der Bürokratie hinzielte. Ausgehend vom Entwurf eines fiktiven „Normalbudgets“ wurde der Nachweis zu erbringen versucht, dass auch eine Steigerung der Einnahmen unumgänglich sei. Das *Bundesbahn-Sanierungsgesetz* 1932 konzentrierte sich vor allem auf Kürzungen bei den Bezügen, bei den Pensionen und bei den Sozialzuwendungen für die Bediensteten. Von gewerkschaftlicher Seite

wurde die Kritik geäußert, dass Abbaupotentiale bei den zentralen Verwaltungsstellen und Reduktionsmöglichkeiten bei den Frachtbegünstigungen vernachlässigt worden seien.

Eisenbahnwesen und Sozialisierung

Die im Zuge der revolutionären Umbrüche nach dem Ersten Weltkrieg eingebrachten Sozialisierungsschläge sahen eine völlige Umstrukturierung der Wirtschaft nach dem Modell des Gilden-Sozialismus vor. Dieser Modellansatz, dessen Ursprungsland Großbritannien ist, wurde in Österreich sowohl von führenden Sozialdemokraten (Otto Bauer) als auch von Linkssozialisten (Max Adler) als auch von Anarchisten (Pierre Ramus) gedanklich aufgenommen. Der Gildensozialismus erstrebt im Sinne des modernen Sozialisierungsgedankens eine solche ökonomische Verfassung jenseits von Privatwirtschaft und Verstaatlichung, innerhalb der der gesamte Produktionsmittelbestand einer Region von branchenmäßig gegliederten Selbstverwaltungskörpern übernommen wird. Diese „Gilden“ genannten Selbstverwaltungskörper stellen die vorhandenen Arbeitsmittel zur Verfügung, und sie sind dabei „von unten“ einer demokratischen Arbeiterkontrolle unterworfen. Zentrales Anliegen ist, den Zutritt zu den Produktionsmitteln entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft sicherzustellen. Kein so genanntes Fabrikprivileg, kein monopolisierter Wirtschaftszweig soll den Erzeugungsprozess einschränken und damit Arbeitslosigkeit und eine Unterversorgung der Bevölkerung herbeiführen können. Ein Arbeitsrat für Statistik erkundet den Konsumbedarf der Gesellschaft, davon abgeleitet werden Wirtschaftspläne erstellt, die den einzelnen Branchen der Wirtschaft eine Entscheidungsgrundlage für die Erzeugung bzw. für die Bereitstellung von Dienstleistungen liefern. Über modifizierte Produktionserfordernisse gibt die regelmäßige Veröffentlichung statistischer Kennzahlen exakt Aufschluss. Konsumentenräten wird im gesamten Prozess eine umfassende Kontrollfunktion zugestanden. Die Pläne des Arbeitsrates stellen aber lediglich eine Empfehlung, keine Zwangsvorgabe dar. Der entscheidende Punkt ist, dass keine wirtschaftlichen Entscheidungen mehr ohne direkte Mitsprache der Werktätigen getroffen werden können. – Ein Weg zur konsequenten Verwirklichung einer Wirtschaftsdemokratie. Pierre Ramus stellte seine Vorschläge zur Sozialisierung der Wirtschaft (und damit zur Sozialisierung des Eisenbahnwesens) 1921 in seinem Buch „Die Neuschöpfung der Gesellschaft“ dar (Verlag „Erkenntnis & Befreiung“). Die Schrift erschien 1923 in zweiter Auflage, der folgende Textauszug stammt aus der dritten Auflage (S. 327-330), erschienen 2005 im Verlag Monte Verita.

Der Eisenbahnverkehr

Gigantisch, wie die Verkehrsverhältnisse der Gegenwart auch sind, sind sie zugleich ein Zeugnis dafür, daß der Einzelmensch in seinem größeren Bewegungs- und Verkehrsbedürfnis abhängig ist von der Gesamtheit. Diese allein kann ihm das Riesenhafte des modernen Eisenbahnbetriebes zur Verfügung stellen.

Es ist selbstverständlich, daß weder die anarchistisch-kommunistische Gesellschaft noch die Einzelkommune auf die Vorteile des Eisenbahnverkehrs verzichten will. Dennoch dürfte derselbe eine große Umwälzung erfahren.

(...)

Wie oft hört man gerade den Eisenbahn- und Schiffsverkehr in seiner Kompliziertheit als ein gewichtiges Argument gegen die Möglichkeit einer autoritätslosen Gesellschaft angeführt. Die Exaktheit des Betriebes, dessen Vernachlässigung zu den größten Unglücksfällen führen kann, die Schwierigkeiten der Arbeitsleistung, wie deren Unerquicklichkeit, die Notwendigkeit, Hauswesen, Familie, Liebe usw. auf längere Zeit verlassen zu müssen, dies ließe es als unumgänglich notwendig erscheinen, gerade auf diesem Gebiet eine starke Autorität und Disziplin einzuführen.

(...)

Heute ist es so, daß die Abwicklung des Bahnbetriebes sich vielfach in sehr anarchischen Formen vollzieht. Ich sehe schon, wie so manche schmunzelnd sagen: Eben deshalb läßt dieser Betrieb so unendlich viel zu wünschen übrig! Natürlich, die Verspätungen vieler Züge, die unausgesetzten Störungen im Verkehr, die Verschlammlung des Waggonmaterials – das haben wir heute. Aber wir haben es nicht, weil der Zugverkehr sich mehr oder minder anarchisch abwickelt, sondern, weil diese Anarchie nur ein Notprodukt derarchie, des ganzen Hierarchenstaates im Bürokratismus des Bahnbetriebes ist, anstatt eine freie Gemeinschaft kommunistischen Gemeinschaftsinteresses darzustellen.

(...)

Es ist klar, daß die Gesellschaft auf diesem höchst gefährdenden und verantwortlichen Gebiet des Eisenbahnbetriebes keinerlei Arbeitsungenauigkeit, Unpünktlichkeit, Nachlässigkeit dulden könnte, ohne daß die Eisenbahner selbst darunter am meisten litten. Würde z.B. nachts der Güterverkehr sich nicht mit prompter Exaktheit vollziehen – so würden die Eisenbahner wohl noch mehr darunter leiden, als andere Arbeitsgruppierungen, die durch reale Arbeitsprodukte den unterbundenen Verkehr mittels lokalen Austausches temporär leicht wettmachen könnten. Würden z.B. die Eisenbahner den Personenverkehr nicht in tadellosester Weise funktionieren lassen – sie schädigten sich dadurch selbst, (da) ... auch sie abwechselnd der Vorzüge dieses Personenverkehrs teilhaftig werden. ... Kurzum, es beruht auf einer ganz falschen, verfehlten Einschätzung der menschlichen Natur, anzunehmen, daß in einer Gesellschaft der Freiheit und des Wohlstandes, innerhalb welcher die Eisenbahnen gleich allen anderen Verkehrsmitteln Eigentum Aller, zum Wohle Aller da sind, das Moment der Unverantwortlichkeit, Hemmungslosigkeit, Zerfahrenheit und Oberflächlichkeit sich in der menschlichen Natur vermehren und auf einer, das Menschenleben so gefährdenden Betätigungsfläche, wie es die des Eisenbahnbetriebes ist, äußern sollte. Das Gegenteil wird wohl eintreten. Ebenso, wie nicht anzunehmen, daß in einer anarchistisch-kommunistischen

Gesellschaft unsere heutigen Ärzte, Krankenpfleger, Feuerwehr- und Rettungsgesellschafts-Vereinigungen und deren Mitglieder sich plötzlich in boshafte Menschen verwandeln werden, wo ihnen die Bosheit nicht zum Heil gereichen könnte, wie solches heute zumeist der Fall ist – ebenso wenig ist vernunftgemäß, zu befürchten, daß in der freien Gesellschaft die verantwortungsvollsten Betriebe in ihrer Abwicklung eine geringere Sorgfalt erfahren würden, als in der gegenwärtigen der Fall ist.

(...)

Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Rechtsregierungen, die im Österreich der 1920er und frühen 1930er Jahre die entscheidenden „Weichenstellungen“ für den Bahnsektor vornahmen, und den Eisenbahnbediensteten verschlechterte sich zusehends. Der große Eisenbahnerstreik vom März 1933 war schließlich sogar die Ursache für den sich zuspitzenden Konflikt zwischen Regierung und Opposition im Nationalrat am 4. März 1933. Die unklare Situation im Gefolge des Rücktritts drei Nationalratspräsidenten Renner (Sozialisten), Ramek (Christlichsoziale) und Straffner (Großdeutsche) nutzte damals Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, das Parlament auszuschalten und mit einem obskuren „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz“ weiterzuregieren – Bürgerkrieg und Diktatur bewusst in Kauf nehmend.

Eine Sanierung, die den Namen verdient hätte, gelang mit dem *Bundesbahn-Sanierungsgesetz* nicht. „Die Lage der Bundesbahnen gibt immer mehr zu Besorgnis Anlass“ stand Mitte des Jahres 1933 in der führenden ökonomischen Fachzeitschrift „Der Österreichische Volkswirt“ zu lesen: „Selbst gegenüber dem Voranschlag, den man mit annähernd 60 Millionen Schilling Betriebsabgang besonders vorsichtig aufgestellt zu haben vermeinte, zeigt sich noch eine Verschlechterung. So gewaltig ist die Schrumpfung des Verkehrs, dass die Bundesbahnen in der Güterbeförderung bei der Verkehrsdichte des Jahres 1924 angelangt sind, während die Personenbeförderung sogar dahinter zurückgeworfen ist.“ Im Hinblick auf die Forderung nach Personalabbau wurde das Herold-Gutachten aber noch übertroffen. Der Sachverständige hatte eine Reduzierung des Personalstandes auf 60.000 Bedienstete vorgeschlagen. Noch im Jahre 1932 waren 8.000 Bahnbeamte außer Dienst gestellt und weitere 1.000 in den Ruhestand entlassen worden. Damit war der Personalstand auf 64.100 Angestellte zurückgeschraubt. Bis 1937 verminderte sich die Zahl der Bediensteten auf 55.537. Die laufenden Personalausgaben waren so wesentlich reduziert (1929: 349,2 Millionen Schilling, 1936: 195,6 Millionen Schilling), der Aufwand für die Pensionen war jedoch spürbar angestiegen (1929: 93,4 Millionen Schilling, 1936: 138,9 Millionen Schilling). Die Defizitentwicklung verlief in den 1930er Jahren trotz all dem nicht günstiger als in der ersten Hälfte der Zwischenkriegszeit. Ein wesentlicher Unterschied zeigte sich lediglich bei den Investitionsausgaben, die dramatisch reduziert wurden. Obwohl im Jahre 1937 die Einnahmen der Bundesbahnen um fast 60 Millionen Schilling gesteigert werden

konnten, wurden die für Investitionsfinanzierung vorgesehenen Bundesmittel in der Größenordnung von 25,4 Millionen Schilling nicht ausgeschöpft. Lediglich rund die Hälfte davon wurde tatsächlich für Investitionszwecke verwendet, der Rest wurde auf das Budgetjahr 1938 übertragen. Für die Elektrifizierung der Strecke Salzburg – Linz wurde zwar der beachtliche Betrag in der Größenordnung von 70 Millionen Schilling vorgesehen, doch die entsprechenden Mittel wurden auf mehrere Jahre, nämlich 1937 bis 1939, aufgeteilt. Die Investitionspolitik im Bereich der Bundesbahnen entsprach damit nahezu exemplarisch einem gesamtösterreichischen wirtschaftspolitischen Trend.

Die Ära des Faschismus

Der vorindustriell ausgerichtete Antimodernismus, der das Gesicht des austrofaschistischen Regimes (1934-1938) prägte, bereitete auch den Boden für die gesamte Infrastrukturproblematik 1930er Jahre. Besonders deutlich zeigte sich dies am Verkehrssektor anhand der Vergleichsziffern bei der Eisenbahnelektrifizierung. Die wichtigsten Weichenstellungen beim Umstieg von Kohle- auf den Elektrobetrieb der Bahnen waren in der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg erfolgt. Das mit dem Elektrifizierungsgesetz von 1920 festgelegte Erweiterungsprogramm sah die Modernisierung großer Durchgangsstrecken vor: Ins Auge gefasst waren die Arlbergbahn von Innsbruck bis Bregenz mit entsprechenden Anschlusslinien, die Strecke Salzburg – Wörgl, die Tauernbahn von Schwarzbach – St. Veit bis Spittal am Millstättersee und die Salzkammergutbahn von Attnang-Puchheim bis Steinach-Irdning wurden ebenfalls in die Planung einbezogen. Dass der Schwerpunkt der ersten Ausbaustufe in den Westen Österreichs verlegt wurde, lag darin begründet, dass die Wasserkräfte in den westlichen Gebieten bereits in höherem Maße erschlossen waren und dass die Distanzen zu den Kohlebezugsquellen als zu lang eingeschätzt wurden. Schon 1919 war mit dem Bau bahneigener Kraftwerke (Spullersee und Ruetzbach bei Innsbruck) begonnen worden, 1920 begann man mit der Verwirklichung weiterer Projekte wie etwa im Stubachtal. Für die erste Etappe der Bahnelektrifizierung war zwar eine eigene Elektrifizierungsanleihe aufgelegt worden, doch bereits 1923 war man aufgrund der geschrumpften Geldmittel gezwungen, einige Pläne zurückzustellen.

Der Kapitalmangel sollte die gesamte Zwischenkriegszeit hindurch alle Elektrifizierungsvorhaben begleiten. Als Hemmschwelle erwies sich der Völkerbund, dessen Vertreter in Österreich auf strengste Sparsamkeit im Bahnbetrieb achteten und die den Investitionsprogrammen skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden. Verkompliziert wurde die Situation für Österreich dadurch, dass in den Völkerbundgremien Delegierte jener Länder saßen, die ein massives Interesse daran hatten, Österreich als Abnehmerland für Kohle zu erhalten. Der von eigennützigen nationalen Motiven nicht freie Kurs der Völkerbundorganisation erschwerte so den Zugang zu Kreditgeld erheblich. 1925 wurde zwar eine Restsumme der für Zwecke der Währungsanierung 1923 bereit gestellte Genfer Anleihe (88 Millionen

Goldkronen) für Elektrifizierungsarbeiten bewilligt, doch da die Zustimmungserfordernisse sehr eng ausgelegt waren (gefordert war der Einsatz für „produktive Zwecke“), konnte wieder nur ein Teil des ursprünglichen Programms in Angriff genommen werden. Entsprechend dem eher bescheidenen Verkehrsaufkommen wurde etwa die Tauernbahn als nicht „modernisierungswürdig“ erachtet. Im Zeitraum der Weltwirtschaftskrise machte sich die restriktive Haltung des Völkerbundes erneut schmerzlich bemerkbar. Im September 1931 hatte sich die österreichische Regierung dem Finanzkomitee des Völkerbundes gegenüber zu verpflichten, den Bundesbahnen für das Jahr 1932 weder Zuschüsse noch eine Kredithilfe zu gewähren. Zwar trat im November 1931 der neue Völkerbundbeauftragte Rost van Tonningen für weitere Investitionen bei den Bundesbahnen ein – eine nahezu einzigartige Ausnahmerecheinung – doch die Unterzeichnung des Lausanner Protokolls 1932 (im Gefolge des Zusammenbruchs der Credit-Anstalt) führte wieder zurück zu einer klaren Festschreibung der Restriktionen.

Trotz der Widrigkeiten war es bis zum Ende der 1920er Jahre gelungen, einige nicht unwesentliche Vorhaben zu Ende zu bringen. Die das Elektrifizierungsgesetz ergänzende Elektrifizierungsnovelle vom 16. Juli 1925 trug der Erkenntnis Rechnung, dass Elektrolokomotiven in langen zusammenhängenden Abschnitten effizienter genutzt werden können, so dass die Strecke Kufstein – Wörgl – Innsbruck – Brenner in das Modernisierungsprogramm aufgenommen wurde. Während 1926/27 die ersten Ausbaustufen Innsbruck – Buchs und Feldkirch – Bregenz zu Ende gebracht wurden, war bereits die nächste Etappe, die die Strecke Kufstein – Wörgl – Innsbruck – Brenner umfassen sollte, angelaufen. Bis 1930 konnte so westlich von Salzburg ein geschlossenes elektrisch betriebenes Streckennetz geschaffen werden; abgesehen von einigen kleineren Anschlussstücken wurden die Elektrifizierungsarbeiten beendet. 1927/28 war in den Direktionsetagen der Bundesbahn aber bereits ein Schwenk vollzogen worden. Aufgrund der sinkenden Kohlepreise, und weil die Elektrifizierungskredite zunehmend als überhöht eingeschätzt wurden, setzte sich die Neigung durch, von einem weiteren Ausbau der Elektrifizierung Abstand zu nehmen. Für die Elektroindustrie in Österreich war diese Entscheidung ein schwerer Schlag. In einem Rettungsversuch unterbreiteten die vier größten elektrotechnischen Unternehmen Österreichs den Bundesbahnen ein Angebot zur Kapitalaufbringung, das dem Bahnbetrieb äußerst günstige Konditionen einräumte. Obwohl eine weitere Modernisierung auch von einem Sachverständigengremium überwiegend befürwortet wurde, blieb die Leitung der Bundesbahn bei ihrem negativen Entscheid. Die Planungsunterbrechung stellte sich jedoch schon 1930 als schwerer Fehler heraus. Die angezogenen Preise auf den Kohlemärkten aktualisierten die Frage der Elektrifizierung aufs Neue.

Das Hereinbrechen der Weltwirtschaftskrise veränderte die Rahmenbedingungen gegenüber den 1920er Jahren beträchtlich. Die allmähliche Destabilisierung des Bahnunternehmens ab 1929 wurde verschärft durch den Umstand, dass die

Bundesbahnen zu einem der Hauptlastträger eines rigorosen Sparpakets gemacht wurden. Während bis 1930 das elektrifizierte Streckennetz in Österreich auf 835 Kilometer angewachsen war (nach dem Ersten Weltkrieg waren es 215 km), ruhte die Ausbautätigkeit bis 1933 völlig. Erst im Juni 1933 konnten die Befürworter der Elektrifizierung wieder einen Erfolg verbuchen. Nach vielen Verzögerungen wurde die schon 1923 ins Auge gefasste Elektrifizierung der Tauernbahn in Angriff genommen. Im Dezember 1933 war der Abschnitt Schwarzach – St. Veit – Wallnitz betriebsbereit, bis Mai 1935 wurde die Fortsetzung nach Spittal am Millstättersee fertig gestellt. Obwohl die offiziellen Bekenntnisse der führenden Stellen bei den Bundesbahnen jetzt immer mehr in Richtung Weiterelektrifizierung deuteten, blieben die tatsächlichen Ausbauleistungen mager. Ende November 1933 legte der Elektrifizierungs-Direktor der Österreichischen Bundesbahnen, Ernst Kaan, einen Bericht vor, nach dem die bis dahin verwirklichten Elektrifizierungsvorhaben eine bedeutende Ersparnis an Kohle gebracht hatten. – Und auch Bundesbahnpräsident Carl Vaugoin machte klar, dass er sich in der Modernisierungsfrage vom Saulus zum Paulus gewandelt hätte. Außer den Arbeiten auf der Südrampe der Tauernbahn konnte bis 1935 aber nur die Elektrifizierung der Strecke Brennersee – Brennero zum Abschluss gebracht werden. 1936 geriet der Ausbau der Bahnelektrifizierung wieder ins Stocken, lediglich der elektrische Betrieb der Innsbrucker Mittelgebirgsbahn konnte in diesem Jahr aufgenommen werden.

Verglichen mit der topographisch ähnlich geprägten Schweiz war Österreich mit seiner Ausbauleistung bei der Bahnelektrifizierung Mitte der 1930er Jahre enorm zurückgefallen. Bis 1928 waren in der Schweiz 3.418 Kilometer des insgesamt 5.485 Kilometer langen Streckennetzes, also 62,3 Prozent, elektrifiziert worden, während Österreich in seinem 5.443 Kilometer langen Eisenbahnnetz lediglich eine Modernisierungsleistung von 13,6 Prozent aufzuweisen hatte. Im Jahr 1935 war in Österreich der Anteil elektrifizierter Bundesbahnstrecken am Gesamtnetz mit 16 Prozent gegeben, der Schweizer Vergleichswert hingegen hatte sich auf 75 Prozent gesteigert.

Das Problemfeld, das bei den Österreichischen Bundesbahnen in den 1930er Jahren zur Bewältigung anstand, lässt sich jedoch nicht allein auf investitionspolitische Fragen eingrenzen. Die gesamtwirtschaftlich gegebene krisenhafte Entwicklung bescherte dem Bahnsektor einen gewaltigen Rückgang im Personen- und Güterverkehr. Während im Jahre 1929 im Bereich der öffentlichen Eisenbahn noch 814,9 Millionen Personen befördert worden waren, sank ihre Zahl im Jahr 1932 um 19,72 Prozent auf 654,2 Millionen. Die Menge der Personenkilometer, die im Jahr 1929 noch 6.697 Millionen betragen hatte, ging damit im Jahre 1932 auf 5.449 Millionen zurück. Die Drosselung des internationalen Güterausbaus bewirkte ein Absinken des Güter- und Gepäckverkehrs von 41,4 Millionen Tonnen im Jahr 1929 auf 24,8 Millionen Tonnen 1932. Der Rückgang betrug damit dramatische 40,1 Prozent. Entsprechend dem Verkehrsschwund verringerten sich die Betriebseinnahmen. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr betragen 1929

369,5 Millionen Schilling, im Jahr 1932 schrumpften sie auf 298,2 Millionen Schilling. Die gesamten Betriebseinnahmen verringerten sich zwischen 1929 und 1932 um rund 30 Prozent, von 894,9 Millionen Schilling auf 635,6 Millionen Schilling.

Die Lage der Österreichischen Bundesbahnen blieb auch noch prekär, als andere Wirtschaftszweige Mitte der 1930er Jahre bereits leichte Aufschwungtendenzen zu verzeichnen hatten. Obwohl etwa mit Fahrpreisermäßigungen versucht wurde, Anreize für eine Belebung des Personenverkehrs zu schaffen, blieben die Aussichten trübe: Bis 1936 – das ist jenes Jahr, in dem der letzte Geschäftsbericht der Bundesbahnen in der Ersten Republik vorgelegt wurde – verschlechterten sich die Verkehrseinnahmen von Jahr zu Jahr. Dem zunehmenden Verkehrsschwund wurde mit einer Reihe von Stilllegungen begegnet. Neben der Auflassung verschiedener Regionalstrecken, zum Beispiel Sierning – Bad Hall Anfang August 1933, kam es auch zur Einziehung und Zerlegung zahlreicher Lokomotiven. Waren 1929 noch 2.317 Dampflokomotiven in Betrieb gewesen, so waren im Jahre 1936 nur noch 2.008 Triebwagen dieser Gattung unterwegs. Die Zahl der Elektrolokomotiven hatte sich in dieser Zeitspanne nur geringfügig verändert (von 190 auf 220). Eine Erschwernis für die Situation der Bundesbahnen bedeuteten auch die zahlreichen Skandalfälle, in die führende Personen aus der Direktionsetage verwickelt waren. Die Chronik der Misstände reichte von Foest-Monshoff, über Strafella und Seefehlner bis Vaugoin, der im Zuge des Phönix-Versicherungsskandals 1936 seinen Hut nehmen musste. Als schwere Brocken hatten sich für die Bundesbahnen die Betriebsübernahmen auf dem Sektor der Privatbahngesellschaften bzw. die damit verbundene unglückselige Fusionspolitik herausgestellt. Die ganze Zwischenkriegszeit hindurch, 1937 etwa fand die Übernahme der Aspangbahn statt, waren konkursreif gewordene Privatbahnen in die Obhut der Österreichischen Bundesbahnen hinübergeführt worden, eine Vorgangsweise, die sich jedoch in so manchen Fällen als äußerst kostspielig erwies. Der Widerspruch dabei bestand darin, dass die Betriebsübernahmen der Bundesbahn von politischer Seite zwar unter Wahrung eines „öffentlichen Interesses“ aufgezwungen wurden, zugleich aber die öffentliche Hand selbst nur wenig Neigung zeigte, bei den Transaktionen pekuniär unterstützend zu wirken.

Eine der großen ungelöst gebliebenen Fragen der Verkehrsinfrastruktur in der Zeit zwischen 1934 und 1938 war die der Regelung des Wettbewerbs zwischen Schiene und Straße beim Gütertransport. Mit der Ausweitung des LKW-Verkehrs war dem Bahnbetrieb ein mächtiger Konkurrent erwachsen, der seine Dienstleistungen unter weit günstigeren Bedingungen anbieten konnte. Im Gegensatz zum Bahnbetrieb war der Kraftwagenverkehr keiner Verkehrspflicht unterworfen, Bau und Erhaltung der Straßen waren nicht als betriebliche Aufgaben definiert. Das Bundesbahnunternehmen hingegen war – nach gemeinwirtschaftlichen Überlegungen – auf Beförderungspflicht ausgerichtet. Das war gleichbedeutend damit, dass die Bahn auch in Zeiten von Verkehrsrückgängen auf einen Spitzenverkehr vorbereitet sein musste, Wagenpark und Personal hatten

bereitgestellt zu sein, ebenso musste betriebsintern für die Erhaltung des Bahnkörpers und für Sicherheitsmaßnahmen aufgekomen werden. Mit einer dem Kostenaufkommen adäquaten Tarifgestaltung war der Bahnbetrieb gegenüber dem LKW-Transport somit klar unterlegen. Zwar war ein entsprechendes Problembewusstsein bei den Verkehrsexperten und bei den politischen Entscheidungsträgern des autoritären Regimes entwickelt, über Teillösungen hinausgehend kam es jedoch zu keinerlei Harmonisierungsansätzen. Ein Versuch, einen Ausgleich herbeizuführen, war die im Juni 1933 eingeführte und bis 1938 insgesamt neun Mal novellierte Lastkraftwagen-Verkehrsordnung (LKVV). Damit galt es, Mindesttarife für das Fuhrwerksgewerbe sowie generelle Distanz-Beschränkungen für den privaten Werksverkehr durchzusetzen. Dieses, den Bundesbahnen gezeigte Entgegenkommen war als eine Art Wiedergutmachung gedacht. Nur kurz zuvor war die Führung des Bahnbetriebes durch die Regierung zur Übernahme der „LOBEG“, einer durch den Zusammenbruch der finanzierenden Bank bedrohten Kraftwagen-Transportunternehmung, genötigt worden. Die Lastkraftwagen-Verkehrsverordnung mündete jedoch in eine Kette von Misserfolgen, nachdem es nicht gelang, die zahlreichen Umgehungen der gesetzlichen Vorgaben unter Kontrolle zu bringen. Die verordneten Mindesttarife wurden nicht eingehalten, die Zielsetzung, der Bahn den Langstreckenbetrieb und dem LKW-Verkehr den Kurzstreckentransport zu sichern, wurde bei weitem verfehlt. Der quasi rechtsfreie Raum, der sich aufgetan hatte, führte zu verschärften Kampfmaßnahmen auf beiden Seiten. Bundesbahn und Transportgewerbe versuchten in der Folge, sich bei der Preisgestaltung gegenseitig zu unterbieten, die Bundesbahn wollte dabei bestimmte Tarifiermäßigungen an sogenannte Autoverzichtserklärungen knüpfen. Keine Entspannung der Lage brachte die Gründung der Österreichischen Rollfuhr-, Nahverkehrs- und Speditionsgenossenschaft (RONA) im Oktober 1935. Da die RONA nur als ein Gemeinschaftsunternehmen der Österreichischen Bundesbahnen und des Spediteursektors geführt wurde, konnte von einer wirklichen Befriedigungsaktion nicht gesprochen werden. Ein erheblicher Teil des Fuhrwerksgewerbes blieb abseits, während man der RONA monopolistische Vorteile zu verschaffen versuchte. Jener Bereich des Güterkraftwagenverkehrs, der der Genossenschaft zugeordnet war, wurde in seinem Aktionsradius auf rund 70 Kilometer beschränkt, die Entschädigung für Fahrleistungen wurde über die RONA abgewickelt. Keiner der autoritär-staatlichen Lösungsversuche im Hinblick auf eine Verkehrsteilung zwischen Straße und Schiene führte zu einem befriedigenden Ergebnis. Für den Bahnbetrieb wenig nutzbringend, für das Fuhrwerksgewerbe schädlich, war man bei allen Ansätzen auf halbem Wege stehen geblieben. Eine umfassende Verkehrslösung, die beiden Sparten eine optimale Nutzung ihrer natürlichen Voraussetzungen gestattet hätte, blieb aus. Nicht nur für die rund 14.900 Gemeinden (von 17.000 in ganz Österreich), die über keinen direkten Bahnanschluss verfügten, blieben wesentliche Fragen der Verkehrsentwicklung unbeantwortet. Kritisch war im Jänner 1938 im „Österreichischen Volkswirt“ angemerkt: „So stehen also die Dinge heute nach mehr als vierjährigen ununterbrochenen Versuchen auf dem gleichen Fleck.“

Die Entwicklung des elektrischen Zugbetriebes in Österreich.

Länge der elektrisch betriebenen Strecken:

1920	215 km	1929	788 km
1921	215 km	1930	835 km
1922	215 km	1931	835 km
1923	286 km	1932	835 km
1924	393 km	1933	882 km
1925	458 km	1934	883 km
1926	487 km	1935	918 km
1927	607 km	1936	918 km
1928	722 km	1937	918 km

Quelle: Koci, Alexander (1955): 75 Jahre elektrische Eisenbahnen in Österreich, Wien

Das triste Gesamtbild, das die Bundesbahnen Österreichs als öffentliche Unternehmung boten, blieb bis zum Anschluss im Jahre 1938 unverändert. Abgesehen von der begrenzten Einnahmesteigerung, bedingt durch eine Zunahme des Güter- und Personenverkehrs, war gegen Ende des austrofaschistischen Experiments lediglich in die Elektrifizierungsfrage wieder etwas Bewegung geraten. Als im August 1937 die Arbeiten zur Modernisierung der Strecke Salzburg – Linz aufgenommen wurden, so geschah dies im Zuge eines breiter angelegten Investitionsprogramms, das eine Entlastung des Arbeitsmarktes herbeiführen sollte. Die Gesamtkosten für das Mehrjahresprojekt wurden mit 70 Millionen Schilling veranschlagt, wobei 14,7 Millionen aus den Mitteln einer Investitionsanleihe herangezogen wurden. Der Restbetrag wurde von einem Konsortium, bestehend aus den wichtigsten Banken und Sparkassen Österreichs sowie der Österreichischen Versicherungs-AG, in Form eines Kredits bereitgestellt. Die Brückenerrichtungen, die Gebäudeerneuerungen und die Bestellung von insgesamt 26 elektrischen Lokomotiven im Jahre 1937 muten auf den ersten Blick sehr großzügig an, doch angesichts des Umstandes, dass 20 Prozent der Summe, die für die Elektrifizierung vorgesehen war, auf Bauten und Anschaffungen, die auf jeden Falle durchgeführt hätten werden müssen, entfiel, relativiert sich das Bild. Allein für die Einführung der automatischen Güterzugbremse wären noch weitere bedeutende Mittel erforderlich gewesen. In den meisten Staaten mit höherer Verkehrsdichte hatte die automatische Luftdruckbremse bereits Verbreitung gefunden, aus verkehrstechnischen Gründen wurde ihre Installierung auch im österreichischen Bahnnetz immer dringlicher. Österreich war durch internationale Abkommen verpflichtet, die Güterwaggons mit Leitungen und Schlauchkupplungen auszustatten, um zumindest die Anschlussstellen dem modernen Standard der Bremstechnik anzupassen. Das Projekt der Bremserneuerung blieb, so häufig es auch angesprochen wurde, unerledigt. Versperrt wurde damit die Gelegenheit, eine in Österreich entwickelte Konstruktion zu verbreiten und zusätzliche Beschäftigungseffekte zu sichern.

Hinsichtlich der Elektrifizierung konnte bis März 1938 nur noch die Strecke Salzburg – Attnang-Puchheim fertiggestellt werden.

Mit dem Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland 1938 wurde der alpenländische Bahnbetrieb von der staatlichen *Deutschen Reichsbahn* übernommen. Die Parteigänger des austrofaschistischen Regimes waren 1934 daran gegangen, den Einfluss der „roten Eisenbahner“ zurückzudrängen, nun begann eine neuerliche politische Umfärbaktion. Dem Bahnwesen an sich stand das NS-Regime mit Skepsis und kaum verhohlener Antipathie gegenüber. Als Widerpart zur „kollektivistischen Zwangsbeförderung durch die Eisenbahn“ (zit. A. Hitler) wurde nun das Automobil zum repräsentativen Symbol des nationalsozialistischen Staates erhoben. Wie Hitler betrachteten zahlreiche andere Nazi-Größen das wirtschaftliche Vorreiterland USA als ein riesiges technoökonomisches Laboratorium und damit auch als Vorbild für das Deutsche Reich. Besondere Bewunderung erregte das Modernisierungsdenken des Autofabrikanten und Publizisten Henry Ford, der in Verbindung mit seinem Konsummodell die Verbreitung des für jeden erschwinglichen Automobils propagierte. (Die Planung der legendären, Los Angeles und Chicago verbindenden Route 66 etwa war bereits Mitte der 1920er Jahre in Angriff genommen worden.) Mit der Produktion eines billigen, aber technisch dennoch einwandfreien *Volkswagens* und mit dem Bau der *Reichsautobahnen* sollte auch in NS-Deutschland das Ford'sche Modernisierungsprogramm eingelöst werden. Das NS-Regime identifizierte die individuelle, motorisierte Mobilität mit einer neuen Vitalität der „Volksgenossen“. „Rollende Räder auf den Landstraßen“, war Mitte März 1934 im „Völkischen Beobachter“ zu lesen, „– rollende Räder in den Werkstätten. Je mehr Hände am Steuer – umso mehr Hände finden Arbeit. Kraftfahrt ist Leben. Lebendigkeit stärkt das Volk. Starkes Volk meistert sein Geschick.“ Fordismus hin, Fordismus her, die Räder der Eisenbahn rollten trotz all dem im nationalsozialistischen Deutschland weiter, vor allem wenn es galt, Soldaten an die Front oder Juden, Roma und Sinti in die Vernichtungslager zu bringen.

Das Eisenbahnwesen in der Zweiten Republik

Die in Österreich im Jahr 1938 unterbrochene Erweiterung der Elektrifizierung im Bahnbetrieb wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgenommen und entsprechend forciert. Unmittelbar nach Kriegsende konnte mit der Reparatur des Streckennetzes zwischen Salzburg und Attnang-Puchheim begonnen werden. Auf Anordnung der Alliierten verblieben die Lokomotiven der Baureihe E 18 und E 94, die sich nach Kriegsende auf österreichischem Boden, befanden in der Alpenrepublik. Im Jahr 1947 wurde die Österreichische Bundesbahn (ÖBB) als vom Staat verwaltete Gesellschaft neu gegründet, vordringlichstes Ziel – während des Krieges war immerhin mehr 40 Prozent des österreichischen Bahnnetzes zerstört worden – war der rasche Wiederaufbau der Infrastruktur. Ende der 1940er Jahre wurde die Elektrifizierung der Westbahn bis Wien zügig vorangetrieben, wobei sich der Bedarf an Schnellzug-Lokomotiven vergrößerte. Die Leitung der ÖBB entschloss

sich in dieser Situation, einige inzwischen ausgemusterte Modelle wieder hervorzuholen und rundzuerneuern. – Improvisation war nach den Verheerungen, die das NS-Regime hinterlassen hatte, einfach alles!

Was nun folgte war die Glanzzeit der Österreichischen Bundesbahnen. Mit dem 1969 verabschiedeten Bundesbahngesetz wurde die ÖBB zum unselbständigen Wirtschaftskörper, der als eigener Zweig in die Betriebsverwaltung des Bundes eingegliedert wurde, wobei der vollständige Verbleib im Haushaltsbereich des Bundes vorgesehen war. Obwohl in der Ära Bruno Kreisky die verstaatlichten Betriebe – also auch die ÖBB – nahezu sakrosankt blieben, begann sich Kritik an der Defizitentwicklung der Bundesbahn zu regen. Doch nur zu oft war es ein verzerrtes Bild, das an die Öffentlichkeit getragen wurde. So wurde beim Vergleich zwischen Straße und Schiene regelmäßig die Kostenwahrheit vernachlässigt. Vergessen war auch der Hinweis des alten Wirtschaftsliberalen Adam Smith, der überzeugt war, dass es in einem Wirtschaftssystem durchaus einzelne Geschäftszweige geben dürfe, die auch bei fehlender Ertragsentwicklung weitergeführt werden sollten, wenn nur das öffentliche Interesse entsprechend groß ist. Wer möchte heute bei der zunehmenden Stauentwicklung auf Österreichs Straßen bezweifeln, dass eine Verlagerung des Verkehrs vom Auto auf die Eisenbahn wünschenswert ist?

Beachtung finden sollten in allen Diskussionen auch die Investitionserfordernisse im Bahnbereich, die sich unschwer anhand der Entwicklung des hochrangigen Bahnnetzes zeigen lassen: 1989 erfolgte die Gründung der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG (HL-AG) mit dem Auftrag, die Bereiche des hochrangigen Eisenbahnnetzes in Österreich zu planen und zu errichten. Ein Jahr später wurden 14 Projekte, darunter der Semmeringtunnel oder die Güterumfahrung Wien – St. Pölten an die HL-AG übertragen. Das erste fertig gestellte Projekt, der Westbahnabschnitt Krummnussbaum – Säusenstein wurde 1994 zum Betrieb übergeben, in der Folge wurde der HL-AG auch die Koralmbahn zur Planung übertragen. Bis zum Jahr 2000 konnte die Hochleistungsstrecke St. Pölten – Ybbs durchgehend befahrbar gemacht werden. Eineinhalb Dezennien nach der Gründung der HL-AG sind 114 Kilometer Hochleistungsstrecke dem Betrieb übergeben und 136 in Bau, wobei allein im Jahr 1997 ein Mitteleinsatz von umgerechnet 153 Millionen Euro gegeben war. (Etwa vergleichbar dem *gesamten* Investitionsvolumen der österreichischen Erdölindustrie in diesem Jahr.)

Mit Blickrichtung auf den Beitritt zur Europäischen Union wurde die Österreichische Bundesbahn 1994 aus dem Bundesbudget ausgegliedert und als Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit – einer Mischform aus GmbH und Aktiengesellschaft – installiert, eine Gesellschaft, die zu 100 Prozent in den Besitz der Republik Österreich übernommen wurde. Unverkennbar deuten die von politischer Seite gesetzten Maßnahmen auf eine neuerliche Weichenstellung in Richtung Bahnprivatisierung hin. Doch wer in den 1990er Jahren die Augen offen hielt, konnte bereits erkennen, wie eine Privatisierung im Eisenbahnsektor nicht vor sich gehen sollte. In

Großbritannien war ein Jahrzehnt zuvor unter der Regierung Margret Thatcher darangegangen worden, den Bahnbetrieb in unabhängige Infrastruktur- und Betreiberfirmen zu zerlegen. Ein durchschlagender Nutzen war weder für die Bahnkunden noch für die Steuerzahler erkennbar. Während eine Bahnfahrt zweiter Klasse bei einem Streckenabschnitt von 80 km in Frankreich 14,80 Euro kostet, in den Niederlanden 15,85 Euro und in der Schweiz 13,23 Euro, beträgt der Preis für eine einfache Bahnfahrt von Oxford nach London Paddington 23,96 Euro (Stand: 2004). Der Umstand, dass die privaten Betreiber alles an vorhandenen Sparpotentialen auszureizen versuchten, führte dazu, dass die Bahnbenutzer zunehmend mit überfüllten und verschmutzten Waggonen konfrontiert waren. Zahlreiche Züge fuhren unpünktlicher als je zuvor, besonders dramatisch wirkten sich die Einsparmaßnahmen bei den Sicherheitsvorkehrungen aus. Die Installation der automatischen Bremseinrichtung, einer Neuerung im Sicherheitssystem, unterblieb aus Kostengründen. – Zu unwirtschaftlich, lautete die Einschätzung der Betreiberfirma. Die Serie verhängnisvoller Unglücksfälle im Eisenbahnbereich begann in Watford 1996. Bis zum Oktober 2000 kamen mehrere Dutzend Menschen bei Zugsunglücken ums Leben. Als nach dem Unglück in Hartfield 2000 das britische Eisenbahnnetz praktisch zusammenbrach, wurde mit einer „Reform der Reform“ begonnen. Unter der Regierung Tony Blair wurde die *Strategic Rail Authority* als Aufsichtsbehörde in Leben gerufen. Mit einem Milliarden Pfund-Aufwand des Staates wurde das Streckennetz wieder auf einen zeitgemäßen Stand gebracht. Auf diese Art wurden die britischen Steuerzahler für den Bahnbetrieb gleich zweimal zur Kasse gebeten: Zuerst war das Bahnnetz weit unter seinem Wert an private Betreiber verscherbelt worden, dann musste die Vernachlässigung des Netzes durch ein börsennotiertes Unternehmen pekuniär ausgeglichen werden. Mittlerweile hat die Regierung Blair die ersten Maßnahmen zu einer Revertstaatlichung einzelner Teile des Bahnbetriebes eingeleitet. Positiv sticht hingegen der Eisenbahnbetrieb, wie er heute in der Schweiz organisiert ist, hervor. Im eidgenössischen Reformprogramm wurde auf eine Zerschlagung der gegebenen Struktur verzichtet, d. h. es erfolgte keine Trennung der Bereiche Infrastruktur und Betrieb. Zu groß war die Befürchtung der Verantwortlichen, dass mit einem Verzicht auf die integrierte Führung der Bahnunternehmungen bedenkliche Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit, auf die Betriebssicherheit und auf die Preisgestaltung verbunden sein könnten. Der Erfolg gibt dem eidgenössischen Modell Recht. In keinem Land auf dem europäischen Kontinent wird so viel Bahngefahren wie in der Schweiz. (Zur Preisgestaltung siehe oben.)

Vorbild der jüngsten Strukturreform in Österreich im Jahr 2003 – ohne viel nachzudenken durchgezogen vom schwarz-blauen Regierungsbündnis – scheint in vielerlei Hinsicht das englische Modell der 1980er Jahre gewesen zu sein. Der Gesamtkomplex Eisenbahn wurde filetiert, d. h. in mehrere Einzelteile zerlegt. Die neue ÖBB-Holding AG wurde untergliedert in die ÖBB Personenverkehr AG, die ÖBB-Infrastruktur AG, die Rail Cargo Austria AG und die ÖBB Dienstleistungs GmbH. Einen eigenen großen Brocken bildet die ÖBB-Infrastruktur Bau AG, die im

wesentlichen die Bereiche Planung & Engineering, Kraftwerke, Anlagevermögen sowie die ÖBB-Immobilien Management GmbH umfasst, und deren Zuständigkeit die Bereiche Planung, Errichtung und Erhaltung der Infrastruktur betrifft. Mit 31. Dezember 2004 wurde auch die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG mit der ÖBB-Infrastrukturbau AG verschmolzen. Die privatisierten Teile der ÖBB müssen Gewinne abwerfen, oder die Bahnlinien werden eingestellt bzw. verkauft, falls sich zufällig ein Bankenkonsortium dazu bereit findet. Der Eisenbahn-Experte Beppo Beyerl hat es kürzlich so ausgedrückt: „Die Bahn ist sozusagen wieder im Jahr 1837 angelangt.“ In der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ (20. Juli 2004) wird die „Jahrhundertreform“ ebenfalls massiv angezweifelt: „Nicht innovative Verkehrspolitik, die die größtmögliche Auslastung des Schienennetzes anpeilt, ist das Ziel, sondern Sparsamkeit.“ Anstatt einen Aderlass beim größten österreichischen Verkehrsunternehmen einzuleiten wären die zuständigen Politiker und ÖBB-Manager gut beraten, die Finanzausstattung für den Bahnbetrieb sicherzustellen. Ohne den Güterverkehr gegenüber der Straße konkurrenzfähig zu machen, könnten „die riesigen Finanzlöcher auch bis 2050 nicht gestopft werden. ... Die maroden ÖBB könnten allein am Zinsendienst bankrott gehen, so viel sparen können die Eisenbahner gar nicht.“ Nicht ohne tieferen Grund wurden die Umstrukturierungsmaßnahmen im Bahnbereich von einer der größten Streikwellen nach dem Zweiten Weltkrieg begleitet. Die Regierungspläne, die Erinnerungen an die unseligen Zeiten des austrofaschistischen Regimes wach riefen, sahen den Abbau von 12.000 Bediensteten und die Ausgliederung von 5.000 weiteren in eine neu zu gründende „Personal-Management AG“ vor. Neben einem allgemeinen Lohnstopp wurden die Aufhebung von Urlaubs- und Zeitausgleichsregelungen sowie eine Kürzung der Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall verkündet. Die Aufhebung des Kündigungsschutzes, der Wegfall der Pausen- und Ruhezeitenregelung sowie die Erhöhung des Pensionsantrittsalters waren weitere Punkte im Maßnahmenkatalog. Dazu war vorgesehen, den Durchrechnungszeitraum bei der Pensionsfestlegung auf 40 Jahre auszudehnen (mit dem Effekt deutlicher Pensionseinbußen), der Pensionssicherungsbeitrag sollte für aktive und pensionierte ÖBBlerInnen von 4,8 auf 5,8 erhöht werden. Hat es sich inzwischen herumgesprochen, dass die Eisenbahner heute bei ihrer Krankenversicherung mit 20 Prozent Selbstbehalt belastet sind? Und das bei einer Unfallhäufigkeit, die beträchtlich über dem Durchschnitt anderer Branchen liegt. Die Zukunft wird zeigen, welche zusätzlichen Verschärfungen noch auf die Tagesordnung gesetzt werden. Im krassen Widerspruch zu dem den ÖBB-Betrieben verordneten Sparkurs steht allerdings so mancher unter schwarz-blauer Ägide erfundene Ausgabeposten. Seit dem Wechsel im Vorstand 2001 haben sich die Beraterhonorare bei den Bundesbahnen spürbar erhöht, konkret um 154 Prozent, wie ein Unternehmenssprecher zur Jahresmitte 2004 bestätigte. Und nicht zuletzt: statt bisher sieben Bahnmanager wird es in der ÖBB-Holding künftig 16 Vorstände und Geschäftsführer geben ...

Weiterführende Literatur:

Karl Bachinger: Das Verkehrswesen, in: Alois Brusatti (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band 1: Die wirtschaftliche Entwicklung, Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1973, (S. 278–323).

Beppo Beyerl: Die Eisenbahn. Historische Weichenstellungen entlang des österreichischen Schienennetzes, Promedia Verlag, Wien 2004 (160 Seiten, Euro 11,90.-).

WER IST NOAM CHOMSKY?

u. a. Buchneuerscheinungen

Nach wie vor gilt der bekennende Anarchist Noam Chomsky als einer der bedeutendsten und meistzitierten Intellektuellen unserer Zeit, als kritischer Analytiker der US-Politik ist er populärer denn je. Der unter dem Titel „Wer ist Noam Chomsky?“ kürzlich erschienene Sammelband vereinigt neben einer umfassenden Bibliographie Larissa MacFarquhars Essay „Des Teufels Buchhalter“ (zuerst erschienen im *New Yorker*) und den Aufsatz des Chomsky-Experten und -Übersetzers Michael Haupt mit dem Titel „Die Wahrheit von den Dächern schreien“.

Regelmäßig am Dienstagabend hält der Linguist und vehemente Kritiker der US-Politik Noam Chomsky im *Massachusetts Institute of Technology* (MIT) einen Kurs in Politikwissenschaften ab. An die 200 Studentinnen und Studenten finden sich meist ein, so dass die Sitzgelegenheiten im Normalfall knapp werden. Dass Späterkommende sich auf dem Boden platzieren, verleiht dem Seminar den Charakter eines Teach-in. Chomsky ist durchaus kein mitreißender Redner und auch kein brillanter Autor. Seine Diktion ist sachlich, nüchtern bis zur Trockenheit, nahezu ohne rhetorisches Beiwerk. Unabhängig davon, ob er jetzt nun die „Segnungen“ der modernen Medienwelt und die „Logik des freien Marktes“ kritisiert oder ob er auf die Zusammenhänge zwischen Krieg und Terrorismus eingeht, er gewinnt die Aufmerksamkeit seines Publikums mit einer einfachen Sprache und mit dem Verzicht auf den wissenschaftlichen Fachjargon; Abstraktionen, Deduktionen, Definitionen finden sich in seinen Vorträgen und Schriften so gut wie nicht. Dennoch ist sein geistiger Einfluss außergewöhnlich. Auf einer Liste der zehn meistzitierten Quellen (in der auch die Bibel aufgeführt wird) liegt er an achter Stelle, vor Hegel und Cicero und gleich hinter Platon und Freud.

Avram Noam Chomsky wurde am 7. Dezember 1928 als erster Sohn einer osteuropäischen Einwandererfamilie geboren. In seiner politischen Prägung entscheidend beeinflusst wurde der junge Chomsky durch das jüdische Arbeitermilieu in New York, das er über einen Onkel kennen lernte, der an der 72. Straße einen kleinen Zeitungskiosk betrieb. Dieser diente weniger als Einkommensquelle denn als Treffpunkt für jüdische Emigranten, die oft arm, aber gebildet waren und über Bakunin, Marx und Freud oder über Literatur und Musik diskutierten. Chomsky, angeregt durch die lebendigen Debatten, forschte eigenständig weiter, und stieß auf die Schriften Rudolf Rockers, eines 1933 in die USA ausgewanderten deutschen Anarcho-Syndikalisten, der sich schon in jungen Jahren der jüdischen radikalen Arbeiterbewegung angeschlossen, Jiddisch gelernt und eine rege Publikationstätigkeit entfaltet hatte. Im zarten Alter von zehn Jahren verfasste Chomsky seinen ersten Artikel: in einer Schülerzeitung veröffentlichte er

einen Kommentar zum Fall von Barcelona im Spanischen Bürgerkrieg. Später las er George Orwells „Homage to Catalonia“ (dt. „Mein Katalonien“) und begann sich näher für verschiedene Konzepte zur Kollektivierung der Wirtschaft zu interessieren. Nach seinem Schulabschluss studierte Noam Chomsky Mathematik, Logik und Philosophie, in seiner Examens- und Magisterarbeit entwarf er eine ebenso exzentrische wie einfallsreiche Analyse der Grammatik des modernen Hebräisch. Seinen ersten Lehrauftrag erhielt Chomsky an der *Harvard University*. Seine dort verfasste Doktorarbeit, später unter dem Titel „The Logical Structure of Linguistic Theory“ veröffentlicht, war derart abstrakt, dass die meisten damit befassten Linguisten die darin enthaltenen Argumentationslinien für undurchschaubar hielten. Kurz nach Verleihung des Dokortitels erhielt er eine Angebot von einer Hochschule, bei der solche Produkte an der Tagesordnung waren, und so landete er am MIT.

Zu dieser Zeit hatten Noam Chomsky und seine Gefährtin noch in Erwägung gezogen, nach Israel zu übersiedeln und sich einem Kibbuz anzuschließen. Für Chomsky gehörten die Kibbuzim zu den wenigen Gesellschaften, die anarchistische Grundsätze in die Praxis umgesetzt hatten: Sie waren demokratisch und nicht hierarchisch organisiert und sie sorgten für sowohl für eine faire Verteilung der körperlichen Arbeiten wie auch des erwirtschafteten Produkts. 1953 lebten Noam und Carol Chomsky rund einen Monat in Ha-Zorea, einem linksorientierten, von den Ideen Martin Bubers beeinflussten Kibbuz. In Anbetracht der realen Verhältnisse in Israel bis zu einem gewissen Grad desillusioniert, zog Chomsky schließlich die Möglichkeit einer universitären Laufbahn in den USA vor, wo er 1966 am MIT den Lehrstuhl für Moderne Sprachen und Linguistik übernahm. Die von ihm in Gang gesetzte „linguistische Revolution“ bewegt bis heute eine kritische Öffentlichkeit wie vordem Einsteins Revolution der Physik. Leonhard Bernstein verwendete Chomskys Theorien zur musikalischen Analyse, und Literaturwissenschaftler interpretierten damit poetische Texte. Psychologen begannen, sich mit dem Spracherwerb von Kindern zu beschäftigen. Aus Chomskys Sprachtheorie erwuchs eine neue Disziplin, die Kommunikationswissenschaft, die sich u. a. mit dem Problem der künstlichen Intelligenz auseinandersetzt. Zahlreiche Philosophen dachten über Ideen nach, die seit Descartes nicht mehr ernst genommen worden waren, und ein Jan-Pierre Voyer beispielsweise vermochte für uns Erhellendes festhalten: „Die Ware und der Staat haben uns dermaßen dumm und beschränkt gemacht, daß die einzig verständliche Sprache, die wir sprechen, die unserer Objekte in ihren wechselseitigen Verhältnissen ist. Wir sind unfähig, eine menschliche Sprache zu verstehen, und diese hat auch keine Wirkung auf uns. Einerseits wird sie als ein Flehen, als eine flehentliche Bitte, und somit als eine in Scham und Erniedrigung ausgedrückte Demütigung betrachtet und empfunden. Andererseits wird sie als eine Frechheit, als eine Verrücktheit, als eine Bedrohung verstanden und als solche abgewiesen. Wir sind dermaßen entfremdet, daß die intime Sprache unseres menschlichen Wesens uns als eine Schmähung der menschlichen Würde erscheint, während wir in der entfremdeten Sprache der Waren den Ausdruck der in ihren Rechten bestätigten, selbstsicheren und sich als solche erkennenden, menschlichen Würde selbst sehen.“

(Jean-Pierre Voyer: Untersuchung über Natur und Ursachen des Elends der Menschen, Edition Nautilus, Hamburg 1980²)

Ein halbes Jahrhundert lang hatten Sozialwissenschaftler und Philosophen sich eingeredet, der menschliche Geist sei etwas Vages und Gestaltloses, den man, da er sich einer rigorosen wissenschaftlichen Analyse entziehe, besser unbeachtet lasse. Chomsky erklärte diese Ansichten für falsch: Der Geist sei ein wunderbares System, dessen Konstruktion in der Sprache sichtbar werde; und wer das Rätsel der Sprache löse, trüge den Hauptgewinn davon – die Erkenntnis des Denkens. Überladenen theoretischen Gebilden gegenüber verhält sich Chomsky skeptisch, seine Analysen wurzeln im guten alten angelsächsischen Empirismus. Vom Darwinismus distanziert er sich ebenso wie von den Schlussfolgerungen der Marxisten. Darwins Theorie der natürlichen Auslese geht davon aus, dass sich Dinge entwickeln, weil sie nützlich sind. Chomsky kann darin nicht mehr als eine umfassendere Version der behavioristischen These erblicken, der zufolge Menschen, ganz wie Tiere, aus Eigennutz handeln. Chomsky sieht den Antrieb menschlichen Handelns im Verlangen nach schöpferischen Ausdrucksmöglichkeiten und nicht nach so etwas so grobem und niedrigem wie der individuellen Vorteilsnahme. Die Marxsche Arbeitswertlehre sieht er als ein Kind des Industriekapitalismus, der sich im 19. Jahrhundert herausbildete; sie verfiel mit dem Dahinschwinden des klassischen Proletariats, und damit war auch das „revolutionäre Subjekt“, das daraus sich rekrutieren sollte, obsolet geworden.

Was nach Chomsky unter den heutigen politischen Verhältnissen zu tun übrig bleibt, ist der Versuch zur Beschreibung von Machtstrukturen, deren Eigendynamik – wie er überzeugt ist – inzwischen bedrohliche Ausmaße angenommen hat. Macht, als „Fähigkeit zur, gegebenenfalls gewaltsamen, Durchsetzung von Intentionen“, soll nach Chomsky „verstehbar“ gemacht werden, es soll erkennbar werden, auf welche Weise Macht funktioniert, nämlich durch Gewalt und manipulativ oktroyierten Konsens, zwei Seiten einer Medaille, um den Pöbel bei Laune und in Reih und Glied zu halten und gleichzeitig den Eliten ein unbeeinträchtigt Dasein zu ermöglichen. Macht ist im Laufe der Moderne ein subtil wirkendes Phänomen geworden. Sie schlägt immer erst dann offen zu, wenn das Begehren nach Freiheit, Gleichheit oder Gerechtigkeit systemgefährdend erscheint. Als sichtbar gewordenes Phänomen ist Macht schließlich nichts anderes als Gewalt im reinen Interesse des Selbsterhalts. Macht ist aber nicht produktiv, sie eröffnet keine dem sozialen und kulturellen Fortschritt verpflichtete Perspektiven. Chomskys erklärtes Ziel ist es daher, autoritäre Strukturen und auf Unterwerfung beruhende Beziehungen aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang zu eliminieren. Noam Chomsky: „Es ist meines Erachtens vollkommen richtig, in jedem Aspekt des Lebens die jeweiligen autoritären, hierarchischen und herrschaftsbestimmten Strukturen ausfindig zu machen und klar zu umreißen, und dann zu fragen, ob sie notwendig sind; wenn es keine spezielle Rechtfertigung für sie gibt, sind sie illegitim und sollten beseitigt werden, um den Spielraum der menschlichen Freiheit zu erweitern. Natürlich

werden damit mächtige Institutionen, die Zwang und Kontrolle ausüben, in Frage gestellt: der Staat, die keiner Rechenschaftspflicht unterliegenden privaten Tyranneien, die den größten Teil der einheimischen und internationalen Wirtschaft kontrollieren, und andere, ähnliche Institutionen. Genau das habe ich immer als die Essenz des Anarchismus verstanden: die Überzeugung, daß die Existenzberechtigung autoritärer Strukturen erst einmal nachgewiesen werden muß, und daß diese Strukturen beseitigt werden sollten, wenn ein solcher Nachweis nicht erbracht werden kann.“ (Noam Chomsky: Die politische Ökonomie der Menschenrechte, Trotzdem Verlag, Grafenau 2001)

Seit rund vierzig Jahren verbringt Chomsky einen nicht unbeträchtlichen Teil seiner Zeit damit, in Büchern, Artikeln und Vorträgen die Politik der Vereinigten Staaten kritisch zu durchleuchten. Er hält grundsätzlich nichts von mythologisierenden Darstellungen. Doch er geht davon aus, dass die Geschichte von Siegern und Besiegten handelt, und dass er selbst einer Nation angehört, die zu den siegreichen zählt. Ihn jedoch interessieren die Verlierer, diejenigen Davids, denen der große Coup nicht (oder noch nicht) gelungen ist. Ihn interessieren die Opfer der Macht, die Verfolgten, Vertriebenen, Ermordeten: in Vietnam, Nicaragua, Haiti, Südafrika, Indonesien usw. usf. Und ihn interessiert, wer die Definitionsmacht über Begriffe wie „Terrorismus“, „Widerstand“ oder „Krieg“ besitzt. Wer die Macht hat, kann auch über die Verwendung von Worten entscheiden, und auch das ist ein Krieg. In diesen Krieg greift Chomsky ein. Sein Rüstzeug ist die Sprache, seine Gegner sind die von den neokonservativen „Falken“-Gruppen getragenen US-Regierungen von Ronald Reagan bis George W. Bush, für die das „Politische“ primär als „Unterscheidung von *Freund* und *Feind*“ festgelegt ist. Dass die Ideologie des US-amerikanischen Neokonservatismus zu einem nicht unwesentlichen Anteil auf der verzerrten Wiedergabe der Lehre des 1938 aus dem nationalsozialistischen Deutschland in die USA geflüchteten politischen Philosophen und Carl-Schmitt-Schülers Leo Strauss basiert, hat sich mittlerweile herumgesprochen. (Bert Rebhandl: Der Strauss im Bush, In: Der Standard, Album, 10. Juli 2004) Der konservative Staatsphilosoph Carl Schmitt – der u. a. einen erheblichen Einfluss auf verschiedene Nazi-Größen ausübte – definierte als Feind denjenigen, gegen den, je nach Sachlage, ein Krieg geführt werden kann und muss. Beispiele für die Freund-Feind-Logik der amerikanischen Außenpolitik finden sich inzwischen zuhauf: George W. Bushs „Achse des Bösen“ mitsamt dem aus dieser Metapher erwachsenen Irak-Krieg ist nur das jüngste Beispiel. Von Thomas Hobbes bis Carl Schmitt gibt es eine Linie des Reaktionären, die dem Entwicklungsprojekt der Moderne zuwiderläuft. Wenn der Krieg sich gewissermaßen aus Naturprozessen heraus entwickelt, dann muss man ihn nicht lange von der UNO sanktionieren lassen, dann wird Politik zu einer Frage des „potentialities of leadership“. (Bert Rebhandl) „Verhandlungen sind ein Euphemismus für die Kapitulation, solange nicht der Schatten der Macht auf den Verhandlungstisch fällt“, zitiert Chomsky immer wieder gerne Reagans Außenminister George Shultz. Nach Carl Schmitt gilt als der „wahre Souverän“ derjenige, der imstande ist, den „Ausnahmestand“ zu beherrschen. Was liegt also damit näher, als den permanenten Ausnahmestand in Form eines Krieges zu

herbeizuführen und sich so als unbestrittener „Souverän“ zu gebärden. Die von Carl Schmitts Vorstellungswelt geprägten „Falken“-Gruppen stehen nicht allein, wenn es um eine konservative Einflussnahme auf die US-Politik geht. Der Thinktank RAND corporation ging aus der US-amerikanischen Luftwaffenindustrie hervor und gilt bis heute als streng konservativ. Einer der bekanntesten Vertreter dieser politikberatenden Organisation war Francis Fukuyama, der mit seinem Buch „End of History“ die westliche Gedankenwelt der 1990er Jahre wesentlich mitbestimmte.

Chomskys Position ist nicht die eines orthodoxen Pazifisten, es gab aber keine Intervention der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg, die seine Billigung fand. Er verurteilte die Einflussnahme auf das revolutionäre Cuba ebenso wie den Vietnamkrieg. Für Begriffe wie den „neuen militärischen Humanismus“ hat Chomsky nur Verachtung über, er ist überzeugt, dass Staaten in keiner Weise moralisch handelnde Akteure sein können. Seine gegenwärtigen Hoffnungen ruhen auf den immer wieder weltweit emporkommenden Friedensbewegungen, besonders auf der Bewegung für globale Gerechtigkeit. Noam Chomsky: „Zum ersten Mal gibt es etwas, das wie eine richtige Internationale aussieht – der Traum der Arbeiterbewegung und der Linken seit ihrem Entstehen.“

Larissa MacFarquhar; Michael Haupt: Wer ist Noam Chomsky? Europa Verlag, Hamburg - Wien 2003, 144 Seiten, Euro 9,90.-

Das Imperium der Schande

Die Weltagrarproduktion könnte 12 Milliarden Menschen ernähren, erklärte kürzlich die Welternährungsorganisation. Tatsächlich stirbt alle sieben Sekunden ein Kind an Hunger. 100.000 Menschen sterben täglich an Seuchen und Hungersnöten, die durchaus vermeidbar wären. In den Ländern der Dritten Welt rackern sich die Menschen Buchstäblich zu Tode, um Schuldenberge abzutragen, die von skrupellosen Diktatoren und korrupten Generälen aufgehäuft wurden. Die Schuldigen sind, das führt Jean Ziegler in seinem neuesten Buch „Das Imperium der Schande“ vor, die global agierenden Multis, die Ziegler „Kosmokraten“ oder „Neofeudalisten“ nennt, und ihre Helfershelfer in der Politik. Jean Ziegler benennt all jene, die – ungeschminkt ausgedrückt – die andere Hälfte der Weltbevölkerung an Hunger krepieren lassen.

Jean Ziegler: Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung, C. Bertelsmann Verlag, München 2005, 320 Seiten, Euro 20,50.-

Sozialismus und Ethik

Nach Ansicht des Autors muss jede Philosophie in der Systemtheorie ihre Begründung haben; letztere beruht auf so genannten „Metaphysischen Sätzen“, ihrem Wahrheitsgehalt nach durch keine logische Methode entscheidbare Aussagen,

die jedoch eine absolute Notwendigkeit für den Aufbau eines jeden philosophischen Systems darstellt. Darum handelt der erste Teil von der Einteilung philosophischer Systeme gemäß der Art und Weise, wie ein jedes mit diesen elementaren metaphysischen Sätzen umgeht, und von der besonderen Position, welche der Realismus innerhalb der Systemtheorie einnehmen sollte. Der zweite Teil begründet die realistische Ethik mit Hilfe zweier Kernsätze: dem „Kriterium der besten Wahl“ bezogen auf die Suche nach dem Glück als die Natur, sowie dem „Extensiven Vernunftgebrauch“ als dem Wesen des Menschen. Teil drei versucht, vier ethische Positionen (idealistische, realistische, empiristische und positivistische) zu einer „systemtheoretischen Gesamthetik“ zu verbinden, welche auf dem systemtheoretischen Kriterium der Anwendbarkeit beruht; andernfalls wären die einzelnen ethischen Systeme der philosophischen Positionen miteinander unvereinbar. So aber erlaubt dieser Zusammenschluss eine Beurteilung ethisch relevanter Situationen nach den Maßstäben der Sittlichkeit (Idealismus), des Glücks (Realismus), der Gerechtigkeit (Empirismus) und der Funktionalität (Positivismus). Im vierten Teil wird vom zuvor Ausgearbeiteten Gebrauch gemacht, indem die sozialen Organisationen der zwei größten Gesellschaftssysteme, Kapitalismus und Sozialismus nach den Kriterien der systemtheoretischen Gesamthetik - mit dem Hauptaugenmerk auf der realistischen Ethik - untersucht werden. Kein unbedingt einfach zugängliches Werk des jungen Wiener Philosophen Martin König, für die Diskussion rund um das Thema „Sozialismus und Ethik“ aber unerlässlich!

Martin A. König: Realistische Ethik und Sozialismus. Books on Demand, Norderstedt 2005, 376 Seiten, Euro 31.-

Gerechtigkeit in der Anarchie

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Gerechtigkeit verweist auf eine lange philosophische Tradition, wobei sich auf der Ebene des Diskurses bis heute vor allem drei Fragen aufdrängen: Was lässt Gerechtigkeit entstehen? Worauf zielt sie? Wie lässt sie sich realisieren? Bis heute liegt kein überzeugendes Konzept vor, mit dem Gerechtigkeit und Marktgesellschaft in harmonische Übereinstimmung gebracht werden können. Der Autor des vorliegenden Bandes plädiert folgerichtig für eine Überwindung der modernisierten Entfremdung, indem er dem Kapitalismus das Leitbild einer sich selbst gestaltenden sozialen Bewegung entgegensetzt, die alle gesellschaftlichen Verhältnisse transformiert: „Es lebe die Anarchie! Sie ist die so lang gesuchte Gerechtigkeit.“

Josef Peukert: Gerechtigkeit in der Anarchie, Edition Wilde Mischung Band 25, Verlag Monte Verita, Wien 2005, 57 Seiten, Euro 10.-

Der Anarchist von Klosterneuburg

Dieses Hörspiel wurde im Jahr 1982 unter der Regie des Autors und unter Mitwirkung von Helmut Qualtinger, Hilde Sochor, Jaromir Borek, Fritz Holzer und weiteren Darstellern vom Österreichischen Rundfunk (ORF) produziert. Es schildert eine wahre Begebenheit: 1924/25 fand in Wien ein Prozess gegen Franziska Pruscha, eine einfache Portierfrau, statt, der ein Raubmord angelastet wurde. Ohne über stichhaltige Beweise zu verfügen, verurteilte das Gericht die Frau zu fünfzehn Jahren schweren Kerker. Einer, der am vehementesten gegen das Urteil ankämpfte, war der bekannte Anarchist Rudolf Großmann, alias Pierre Ramus. Ramus betrieb in Klosterneuburg bei Wien eine kleine Landwirtschaft für vegetarische Ernährung, schriftstellerte daneben ausführlich und betätigte sich politisch u. a. in der Friedensbewegung. Gemeinsam mit Genossinnen und Genossen hoffte er, das ungerechtfertigte Urteil abwenden zu können. Im Anhang findet sich die 1926 publizierte Mitschrift einer Rede, die Pierre Ramus anlässlich einer Solidaritätsveranstaltung für Franziska Pruscha gehalten hat.

Wolfgang Kudrnofsky: Pierre Ramus – der Anarchist von Klosterneuburg, Edition Wilde Mischung Band 26, Verlag Monte Verita, Wien 2005, 78 Seiten, Euro 10.-

Die Tat des Anarchisten Lucheni

Die Folgen des Attentats mit tödlichem Ausgang am 10. September 1898 auf Elisabeth, Kaiserin von Österreich und Königin von Ungarn, durch den Anarchisten Luigi Lucheni stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Bühnentextes. Dabei geht es nicht nur um eine literarische Aufarbeitung des anschließenden Gerichtsprozesses, auch die an das „Sissi-Gedenken“ mit allerlei Machwerken anknüpfende Kulturindustrie wird einer vernichtenden Kritik unterzogen.

Dieter Schrage: Die Tat des Anarchisten Lucheni, Edition Wilde Mischung Band 27, Verlag Monte Verita, Wien 2005, 63 Seiten, Euro 10.-

Anarchismus in Argentinien

Der polnisch-jüdische Anarchist Simon Radowitzky gilt als eine der Gallionsfiguren des argentinischen Anarchismus des frühen 20. Jahrhunderts. Zu großer Popularität in der argentinischen Anarcho-Bewegung gelangte er durch seine mehr als 20 Jahre dauernde Inhaftierung im gefürchteten „Presidio“, der berüchtigten Gefängnisanlage in Ushuaia, Feuerland, quasi am Ende der Welt. Dieses Buch beschreibt den Lebenslauf Radowitzkys, von dem schicksalhaften Attentat auf den Polizeichef von Buenos Aires über seine Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg bis zu seinem Tod in Mexiko. Gleichzeitig werden die Geschichte des argentinischen und südamerikanischen Anarchismus sowie Radowitzkys anarchistische Wurzeln in Polen beleuchtet.

Arno Maierbrugger: Der Gefangene von Ushuaia. Simon Radowitzky (1891-1956) und der argentinische Anarchismus, Edition Wilde Mischung Band 28, Verlag Monte Verita, Wien 2005, 57 Seiten, Euro 10.-

Ein zweifelhaftes Vorhaben

Die Liste der verfehlten Ausdrucksversuche, eine geeignete Umgangsform mit den einzigartigen Verbrechen des Nationalsozialismus zu finden, ist zweifellos lang. Glaubt man dem Autor des vorliegenden Buches Hans-Ernst Mittig, so ist mit dem vor wenigen Monaten eröffneten *Mahnmal für die ermordeten Juden* in Berlin ein weiterer problematischer Ausdrucksversuch hinzugefügt worden. Man kann über Denkmalkonzepte wahrscheinlich endlos streiten, was in Berlin jedoch ohne Zweifel aus dem Ruder gelaufen ist, sind die Umfeldbedingungen des Mahnmals. Zwar existiert für den aus 2711 Betonstelen bestehenden umrandeten Bereich in unmittelbarer Nähe des Potsdamer Platzes eine „Hausordnung“, die rauchen, grillen oder lautes Rufen verbietet, die also einen würdevollen Umgang mit dem sensiblen Thema Holocaust gewährleisten soll, doch seit August ist alles anders. Wenige Meter vom Mahnmal entfernt, auf der gegenüber liegenden Straßenseite, stand plötzlich eine Bude in altdeutschem Stil, mit Fachwerkdekor und einer Glühlampchenkette aufgepeppt. Drinnen stand jemand am Grill und verkaufte Currywürste. Neben der Bude siedelten sich fliegende Händler an, die original Berliner Mauersteine und russische Soldatenmützen verkauften. An der Begrenzung des Holocaust-Denkmal war über Nacht eine Tafel angebracht worden, auf der für „Rührei mit Zwiebeln und Schinkenstreifen, 4,50 Euro“ geworben wurde. Zwar soll die Wüstchenbude inzwischen verschwunden sein, eine akzeptable dauerhafte Lösung steht aber noch aus ...

Hans-Ernst Mittig: Gegen das Holocaustdenkmal der Berliner Republik, Karin Kramer Verlag, Berlin 2005, 128 Seiten, Euro 12,80.-

In der Nationalen Volksarmee – eine neue DDR-Nachlese

Die skurrilen Erlebnisse eines Bürgers der *Deutschen Demokratischen Republik* als Soldat, das – wie der Autor Kurt Fleming verspricht – mit Sicherheit verrückteste Buch über die Armee der DDR. Vergnügliche Schilderungen zum Thema „Dienstgrad-Anmaßung“ (Fleming trat für kurze Zeit als Major auf und beförderte im Soldatenrang einen anderen Soldaten zum Gefreiten), zur unbeabsichtigten Verhinderung eines Regimentsalarms, über die merkwürdigen Umstände des Verlusts seiner Waffe und andere seltsame Abenteuer. Flemings Resümee: „Es gibt keinen Grund, es zu leugnen: Ich war ein guter Soldat, weil ich kein guter Soldat war! Das ist ein Paradoxon, ich weiß! Und für „diaklektisch“ ungeschulte Wesen dieser Erde, denen es an philosophischem Bewusstsein mangelt, ist dies selbstredend unverständlich! Aber das Paradoxon löst sich leicht auf: Weil ich ein schlechter Soldat war, wurde ich nie befördert. Es war in der NVA Usus, ab dem dritten

Diensthalbjahr zum Gefreiten befördert zu werden, was auch mehr Geld bedeutete. Und weil ich ein nie beförderter, weil ich also ein schlechter Soldat war, mit dem unsere Armee keinen Krieg gewonnen hätte, war ich eben ein – guter Soldat.“

Kurt W. Fleming: Ein Schwejk in der NVA, mit 21 Illustrationen von Michael Blümel, edition unica, Leipzig 2005, 144 Seiten, Euro 12,90.-

